

Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Nebstausgabe Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lanke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Samla 8462 u. 4934

Verlag: A. Lanke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Bormaris Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Ankündigungen: Die 6 gelbete Monoparallele bei Arbeitsmarkt
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Ueberwindung der Wirtschaftskrise

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit drei Jahren in einer Depression, wie sie früher nicht gekannt wurde. Aber nicht nur bei uns herrscht diese Stagnation im Wirtschaftsleben; sie ist zu einer internationalen Erscheinung in letzter Zeit geworden. Warum dieser Zustand herrscht, darum streiten sich die Geister schon seit längerer Zeit. Tatsache ist aber bestimmt, daß in der Nachkriegszeit eine technische Umstellung in den Betrieben vor sich ging, die der allgemeinen Kaufkraft weit voraus eilte. In einer Zeit letzten mit größter Energie die Rationalisierungsbestrebungen ein, wo die größte Geldknappheit herrschte. Dieser Fehler kommt nunmehr mit aller Deutlichkeit zum Ausbruch in der Weise, daß viele Millionen Arbeitskräfte durch die verstärkte Technisierung brachgelegt wurden. Der natürliche Weg wäre gewesen, daß bei Zunahme der Produktionstätigkeit im gleichen Schritt die Kaufkraft gestiegen wäre. Was nützt die Warenherstellung im stärkeren Tempo, wenn zugleich nicht der Warenabsatz gesteigert werden kann.

Hinzu kam weiter der Verlust vieler Länder, die in der Vorkriegszeit zu guten Kunden der deutschen Industrie zählten, die seit langen Jahren bestehenden politischen Auseinandersetzungen in Asien, die Unterbindung der Warenaufnahme im größten europäischen Lande, in Sowjetrußland. Dann darf weiter nicht außer Betracht gelassen werden, daß auch in den übrigen Ländern die Technik große Fortschritte aufzuweisen hat. Diesen Zustand versuchten die Regierungen dadurch zu begegnen, daß die Zollmauern immer höher errichtet wurden, ein untaugliches Mittel, wie wir allgemein feststellen konnten. Vielleicht konnten da und dort vorübergehend einzelne Industriezweige geschützt werden. Im allgemeinen trat aber wiederum eine Einschränkung des Warenabfahes in Geltung. Jetzt sehen wir in allen Ländern ein starkes Anschwellen überschüssiger Arbeitskräfte. Nicht nur in Europa ist diese Erscheinung latent geworden, auch in anderen Ländern, wo von einer Arbeitslosigkeit noch niemals die Rede war, wie in Australien, Südafrika, Kanada liegen ebenfalls viele tausende Arbeitskräfte brach. Diese allgemeine Wirtschaftskrankheit wirkt förmlich ansteckend und erfaßt auch solche Länder, in denen bisher von einer guten Kaufkraft gesprochen werden konnte.

So ist die Gesamtsituation, mit der heute gerechnet werden muß. Ob die Bemühungen diplomatischer Kreise, die Zollmauern abzubauen, in kommender Zeit mit Erfolg gekrönt sein werden, ist nicht vorauszu- sehen, denn gegen diesen Plan stehen starke kapitalistische Kräfte, die aus der bestehenden Zollpolitik Nutzen einheimfen.

Ganz besonders trüb tritt das Wirtschaftselend in Deutschland zur Geltung. Nach Mitteilungen des Konjunkturinstituts über die Wirtschaftslage sank die Indeziffer der industriellen Produktion von 109,8 im Juni 1929 auf 91,5 im April 1930. Der Ausnützungsgrad der Industrieanlagen verminderte sich, gemessen an der Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze, von 77,1 Prozent Mitte des Jahres 1929 auf 71,2 Proz. im April 1930. Wenn auch in letzter Zeit in der Arbeitslosigkeit ein Rückgang eingetreten ist, so blieb die Besserung auf dem Arbeitsmarkte weit hinter dem saisonüblichen Umfang. Der seit Jahren anhaltende Auftrieb der Ausfuhr ist zum Stillstand gekommen. Die Zinssätze im Geldmarkt haben einen ungewöhnlichen Tiefstand erreicht.

Sehen wir uns die andere Seite der Auswirkung der wirtschaftlichen Stagnation an, so müssen wir feststellen, daß bei einem Volkseinkommen von 70 Milliarden Mark etwa 46 Milliarden an Löhnen und Gehältern und davon auf Arbeiter und Angestellte 33 bis 34 Milliarden entfallen. Deutschland hat ungeheure Summen für die infolge der Wirtschaftsmisere eingetretene Verelendung an breite Volksschichten auszugeben. Für Sozialversicherungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung sind 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpensionen 1,9 Milliarden, für Reparationen 2 Milliarden und an höheren Zinsen 2 Milliarden aufzumenden, das sind 20 Proz. des Volkseinkommens oder 30 Proz. der Löhne und Gehälter oder etwa 44 Proz. des Einkommens, das die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten beziehen.

Dieser unnatürliche Zustand kann unmöglich lange Zeit bestehen. Er ist für jeden Staat auf die Länge der Zeit unerträglich, selbst wenn er noch so gut finanziell gestellt ist. Damit ist aber auch bewiesen, daß die Kapitalistenklasse die durch ihre Rationalisierungsmaßnahmen entstandenen Lasten vollständig auf die Allgemeinheit abwälzen.

Versuche, diesen Zustand zu beseitigen, sind seit längerer Zeit im Gange. Während von der Unternehmerseite hierfür als Allheilmittel ein allgemeiner Lohnabbau neben Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung stürmisch gefordert wird, verlangen die Arbeiter Stärkung der Kaufkraft, die erreicht werden kann durch Eingruppierung der brachliegenden Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß infolge Verkürzung der Arbeitszeit, durch Abbau der Preise oder Bessergestaltung des Lohn- und Gehaltseinkommens.

Letzterer Vorgang stößt natürlicherweise auf gewaltige Hindernisse. Wenn wir jedoch die Gesamtsituation übersehen, so stehen wir bereits in der Ära des Lohnabbaues. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die durch die letzten Beschlüsse der Reichsregierung erfolgten, ist nicht anders, als ein Lohnabbau für breite Volksschichten zu bezeichnen. Sobald aber die Kaufkraft breiter Massen noch weiter herabgedrückt wird, kann von einer Belebung der Wirtschaft erst recht keine Rede sein.

In den letzten Wochen bemühten sich die Spitzenorganisationen der Unternehmer und Gewerkschaften, in Besprechungen Wege zu finden, auf denen dem derzeitigen Wirtschaftselend begegnet werden kann. Vorweg wollen wir bemerken, daß von einer Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft keine Rede ist. Bei diesen Zusammenkünften handelt es sich darum, Möglichkeiten zu finden, die Wirtschaft wieder in den Gang zu bringen. Auch hier kamen wiederum die weit auseinanderstrebenden Ansichten zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft zum Austrag. Beraten wurde über die Senkung der Produktionskosten zur Belebung des Absatzes. Hierbei vertraten die Unternehmer die Anschauung, daß die Senkung der Preise auch eine Anpassung der Löhne einschließen müsse. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde mit Recht dagegen eingewendet, daß bei Durchführung dieses Vorschlages der alte Zustand weiter bestehen bliebe; wenn mit einem Preisabbau ein Lohnabbau verbunden sein sollte, trete bestimmt keine Belebung des Absatzes ein. Beide Richtungen bemühen sich, eine gemeinsame Formel zu

finden durch die die bestehende Misere behoben werden kann. — Wir versprechen uns von einer solchen Aktion nichts. Solange hierbei die Sicherung des Unternehmergewinns als Haupttriebkraft in den Vordergrund geschoben wird, kann eine Ueberwindung der Wirtschaftskrise nicht erfolgen. Die deutschen Unternehmer haben in den letzten Jahren sehr viele Vorteile in technischer Hinsicht aus anderen Ländern übernommen. Dadurch erreichten sie zweifellos eine bedeutende Steigerung in der Warenherstellung bei großer Senkung der Produktionskosten. Außer Betracht ließen sie jedoch, wie im gleichen Maße zur forcierten Warenherstellung die Absatzmöglichkeit gesteigert werden kann. Dieser Widerspruch mußte dann logischerweise dazu führen, daß wir in eine Dauerkrise geraten sind. Sie zu beseitigen kann nur durch die Belebung des Warenmarktes möglich sein. Es fehlt in jedem Arbeiterhaushalt an vielem, aber leider ist die Kaufkraft durch die rückständige Einstellung der Unternehmer, die in neuester Zeit sogar vom Reichsarbeitsministerium, wie die Schiedsprüche in der Metall- und in den sonstigen Industrien zeigen, unterstützt wird, gesunken. Eine Belebung des Wirtschaftslebens kann dadurch niemals erfolgen.

Abbau der Löhne

Der kürzlich gefällte Schiedspruch in Dornhausen in dem Manteltarifstreit der nordwestdeutschen Gruppe der Eisenindustrie hat in weiten Kreisen der Arbeiterschaft und darüber hinaus großes Kopfschütteln hervorgerufen. Nunmehr erklärte der Reichsarbeitsminister diesen Schiedspruch für verbindlich. Der Schiedspruch sieht eine Lohn- und Gehaltskürzung von 7½ Proz. vor in der Weise, daß nach Wegfall der Akkordüberverdienstklause die übertariflichen Löhne nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Gehaltsempfänger gekürzt werden, so daß eine Lohnmattersparnis bis zu 7½ Proz. eintreten wird. Dazu wurden von den Unternehmern bindende Erklärungen abgegeben, daß die Preise in der Eisenindustrie rückwirkend vom 1. Juli ab über das Ausmaß der ersparten Lohn- und Gehaltssummen hinaus abgebaut werden. Ueber die Erfüllung dieser Zusicherung hat sich der Reichsarbeitsminister das Recht einer Nachprüfung der künftigen Preise vorbehalten.

Mit diesem Experiment, das wir von vornherein als vollständig verfehlt erachten, will der Reichsarbeitsminister eine Preislenkung durch vorausgehende Lohnkürzungen erreichen. Dieses Vorgehen hat selbst im Auslande ungewöhnliches Interesse hervorgerufen. Es wird sogar in einer englischen Zeitung von einem Meisterstreik der deutschen Regierung gesprochen, die trotz aller Hindernisse sich jetzt einen ständigen Absatz auf dem Auslandsmarkte sichern wird. Deutschland werde jetzt versuchen, seine Preise rascher zu senken, als seine Konkurrenten es tun.

Wir bezweifeln, daß durch dieses Experiment eine Belebung der daniederliegenden Wirtschaft erfolgen kann. Wenn der Lohn mit dem Preis abgebaut wird, dann ist der gleiche Zustand wiederum hergestellt, nämlich die Kaufkraft hat sich um so vieles, vielleicht noch darüber, gesenkt, wie die Preise abgebaut wurden. Bei der gegenwärtigen Einstellung ist auch zu erwarten, daß zukünftig auf der ganzen Linie so verfahren wird, und bei Lohnverhandlungen als Ergebnis Lohnsenkungen zustandekommen werden. Die Arbeiterschaft wird sich in jedem Falle zur Wehr setzen, dann wird der Reichsarbeitsminister noch des öfteren seine Weisheit zur Geltung bringen können. Er wird aber mit dieser Methode nicht die Wirtschaft beleben.

Arbeiterklasse, Gewerkschaften und soziales Wohnrecht

Ein Vergleich zeigt die Bedeutung unseres Themas: Im Jahre 1820 wohnten noch 60 Prozent aller Familien in Eigenheimen; im Jahre 1910 dagegen zählte man kaum noch 10 Prozent unter den deutschen Familien, die ein eigenes Haus bewohnten. Es gibt keinen weiteren Vergleich, der in so wenigen Zahlen das grausame Schicksal der großen Bevölkerungsmassen der modernen Industriestaaten aufzuzeigen vermöchte. Die rapid fortschreitende Industrialisierung mit ihrer ungeheuren Vermehrung der Masse der Unselbständigen und Beschloßenen führte dazu, daß immer weniger Erwerbstätige ihr Wohnungsbedürfnis aus eigener Kraft befriedigen konnten. Die Masse derer, die auf die mietweise Befriedigung dieses Bedürfnisses angewiesen waren, nahm zu mit dem Wachstum des Millionenheeres der Proletarier.

So wurde das Miethaus die Regel. So dehnte es sich in den Großstädten aus zur Massenherberge, zur Mietkaserne, die mit ihren hintereinander geschichteten Höfen oft Hunderten von Menschen Obdach gibt. So wurde die Mietwohnung die normale Wohnung für die große Masse.

Der starke Zuwachs der Bevölkerung, der mit der zunehmenden Industrialisierung Hand in Hand ging, führte zeitweise dazu, daß namentlich in den Städten die Wohnungsvermehrung mit dieser stürmischen Entwicklung nicht Schritt halten konnte. Die Folge war ein starkes Ansteigen der Mietpreise. Für die erbärmlichsten ungesündesten Wohnhöhlen wurden in den Großstädten Mieten verlangt, die hart an Wucher grenzten. Die Miete verlangte so einen immer größeren Teil des Arbeiterlohns. Immer stärker mußten die übrigen Lebenshaltungskosten zugunsten der Miete eingeschränkt werden. So waren bereits in der Vorkriegszeit Mietsätze in Höhe von 30 Proz. des Einkommens keine Seltenheit. Heute haben sich diese Fälle beträchtlich vermehrt. Es ist fast die Regel, daß Neubauwohnungen in den größeren Städten für den größten Teil der Arbeiterklasse unerreichbar sind, weil selbst die Beschränkung auf den engeren Raum einen so erheblichen Einkommensverlust verschlingt, daß die übrigen Lebensverhältnisse auf ein unerträgliches Maß eingeschränkt werden müssen.

Bei diesen bedeutamen Beziehungen zwischen Miete und übriger Lebenshaltung ist es begreiflich, wenn die berufenen Vertretungen der Arbeiterklasse, die freien Gewerkschaften, seit langem ihr Interesse auch der Wohnungsfrage zuwenden: Verbilligung der Mieten und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bedeutet die Möglichkeit von Mehrausgaben auf anderen Haushaltsgebieten. Bedeutet bessere Lebenshaltung des Arbeiters, höheren Reallohn. (Daß es allein auf letzteren ankommt, das heißt auf die Gütermenge, die man für den Lohn kaufen kann, und daß es nicht auf die bloßen hohen Ziffern auf den Lohnzetteln ankommt, hat uns die Inflation gelehrt.) Auf je größeren Widerstand daher Lohnerhöhungen stoßen oder je mehr sie aus währungspolitischen oder sonstigen wirtschaftspolitischen Gründen unmöglich werden, desto größer wird das Interesse der freien Gewerkschaften daran sein, daß die Miete einen möglichst geringen Teil der Gesamtausgaben des Arbeiterhaushaltes umfasse.

Da aber weiterhin die moderne Gewerkschaftsbewegung nicht nur eine großzügig organisierte Lohnerhöhungsaktion ist, sondern den Charakter einer tiefgreifenden Kulturbewegung hat, so kann den freigewerkschaftlichen Verbänden bei der großen Bedeutung der Wohnungsverhältnisse für das allgemeine Kulturniveau das Wohnungsproblem nicht gleichgültig sein. Krankheit und Gesundheit, Sittlichkeit und Sittenverfall, Lebensbejahung und Lebensüberdruß, stoßkräftiger Fortschrittswille und dumpfes Hindernis in Gleichgültigkeit: alle diese Charakter- und Lebenserscheinungen werden nicht zuletzt geboren aus gesunden oder ungesunden Wohnungsverhältnissen. Da die Tragfähigkeit und Wucht und damit auch der Erfolg der modernen Arbeiterbewegung in ihrem Ausmaß abhängen von dem Vorhandensein möglichst vieler der genannten positiven Lebensfaktoren im Einzelverbandsmitglied, so hat auch aus diesem Grunde die Arbeiterbewegung die Schaffung ausreichenden und gesunden Wohnraumes als Forderung auf ihr Programm geschrieben. Und was namentlich die freien Gewerkschaften in positiver Wohnungspolitik geleistet haben, gehört bereits heute der Kulturgeschichte an.

Aber es geht nicht nur um die Schaffung dieses kulturell ausreichenden Wohnraumes im allgemeinen. Es gilt, diesen Wohnraum auch dem einzelnen zu sichern. Es gilt, den Mieter vor der Willkür der Hauseigentümer zu schützen. Anders ausgedrückt: das bisher von individual- und privatrechtlichen Gesichtspunkten bestimmte Mietrecht muß in ein soziales Wohnrecht umgestaltet werden.

Freilich: es kann nicht geleugnet werden, daß na-

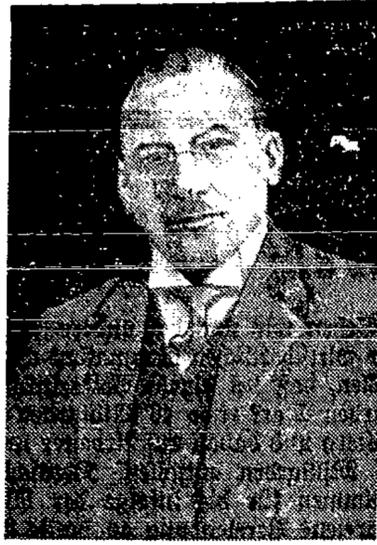
Hans Hechtel, 25 Jahre Verbandsangestellter

Unser Kollege Hans Hechtel, Bezirksleiter in Nürnberg, konnte am 1. Juni 1930 auf eine 25jährige Dienstzeit in unserer Organisation zurückblicken. Vom früheren Denag bezugsweise Bäckerverband wurde der Jubilar mit der Geschäftsführung der Organisation in Nürnberg betraut, nachdem es dort ihm und wenigen mutigen und überzeugungstreuen Kollegen gelungen war, einen zuverlässigen Stamm um die Fahne der Organisation zu scharen. In Nürnberg setzte die Bäckerbewegung wohl viel früher ein, denn auch der allgemeine Aufstieg in der Nürnberger Arbeiterchaft und ihre Überzeugungstreue zur politischen und wirtschaftlichen Organisation mußte ebenfalls auf die Bäckerkollegen und die in der Süßwarenindustrie Beschäftigten übergreifen.

Außerordentlich schwer war jedoch die Aufklärungsarbeit der Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien. In Nürnberg ist in der Hauptsache in diesen Berufen der Zwergerbetrieb mit familiärem Charakter vertreten. Dementsprechend waren auch die wirtschaftlichen und sozialen Zustände tief traurig. Lange Arbeitszeit und schlechte Kost- und Logisverhältnisse im Hause des Unternehmers und die erbärmlichsten Löhne waren in Nürnberg vorzufinden. Für ältere, verheiratete Kollegen war selten Platz als Beschäftigte in den Bäckereien und Konditoreien. Eine unerhörte Lehrlingszuchterei sorgte stets, daß reichlicher Überschuss an Arbeitskräften stets vorhanden war. Unter solchen Umständen war es für einen Angestellten der Gewerkschaft nicht leicht, Bresche zu schlagen in die vorsintflutlichen Zustände. Aber dennoch ist es unserem Jubilar durch zähe, unermüdete Arbeit mit Hilfe treuer Verbandsfunktionäre gelungen, diese mittelalterlichen zünftlerischen Zustände zu beseitigen. Zu scharfen Kämpfen mit dem bornierten rückständigen Unternehmertum kam es häufig, um mit Hilfe der organisierten Arbeiterchaft die Bahn für den kulturellen Aufstieg der Bäcker- und Konditorengehilfen und Beschäftigten in der Süßwarenindustrie freizumachen.

Diese aufreibende Tätigkeit ging auch an unserem Jubilar nicht spurlos vorüber; wenn er dennoch in seiner Vollkraft steht, so nur deshalb, weil die in ihm wurzelnde große Überzeugungstreue zur Sache ihn über alle Fähigkeiten und Widerwärtigkeiten hinwegbringen konnte.

Unser Freund hat in diesem Vierteljahrhundert unendlich viel Gutes für seine Berufskollegen geleistet. Wir danken ihm dafür herzlichst und wünschen ihm noch viele Jahre geistiger und körperlicher Frische und die Tatkraft, sein ganzes Können und Wissen dem weiteren kulturellen Aufstieg unserer Kollegenschaft zur Verfügung zu stellen.



mentlich seit Kriegsende eine Reihe sozialer Gedanken unser Mietrecht aufgelockert haben. Aber die Gelegenheit wird auch von den führenden Stellen immer noch viel zu sehr als vorübergehender Notbehelf betrachtet. Jedenfalls sind starke Gegenbewegungen vorhanden, die den gesamten Mieterschutz als Provisorium ansehen und alles tun, um ihn zu einem mehr oder weniger seligen Ende zu verhelfen.

Das Rechtsempfinden der bestehenden Klassen ist eben fast restlos bestimmt von den Begriffs- und Paragrapphenpielereien der römischen Rechtsschule. Dieses alte römische Recht ist diejenige Rechtsordnung aller Völker und Zeiten, die den beschloßenen Klassen am brutalsten gegenübertritt. Diese Rechtsordnung (die den Proletarier von damals, den Sklaven, nicht anders behandelte als ein Stück Vieh und eine tote Sache, jedenfalls als eine Sache und nicht als einen Menschen) ist angelegt auf den Schutz des Besitzes und Privateigentums. Kein Wunder, daß sie dem Vermieter das Recht gibt, den Mieter jederzeit auf die Straße zu setzen. Es war schwer, bei der Schaffung unseres „Bürgerlichen“ Rechts die zweitausend Jahre alten Rechtsgedanken so weit abzumildern, daß sie nicht aller Humanität glatt ins Gesicht schlugen. Unmenschlich genau und ungerecht genug ist die's Recht für die Beschloßenen ohnehin noch geblieben. Das gilt auch vom Vorkriegsmietrecht.

Erst im Kriege brachte die Notwendigkeit der Erhaltung des inneren Friedens erste bedeutame Neuerungen. So insbesondere, als das berühmte Hindenburg-Programm den Bau von Wohnungen glatt

unterlagte, weil die Baumaterialien an der Front gebraucht wurden. So wurde das Recht des Vermieters zur Kündigung im Jahre 1917 beschränkt. Es wurden die ersten Mietminderungsämter eingesetzt.

In der Nachkriegszeit setzte der verstärkte Mieterschutz durch das Mieterschutzgesetz ein. Der Grundgedanke dieses Gesetzes ist, den Mieter so lange vor wirtschaftlich ungerechten Kündigungen zu schützen, bis sich der Mieter wieder eine Wohnung frei wählen kann. Die bekannte Notverordnung über die Hauszinssteuer sollte Mittel für Neubauten schaffen und ließ dem Wohnungsbau beträchtliche Mittel als Darlehen und Hypotheken zufließen (1924 bis 1929 in Preußen 2,8 Milliarden Mark). Gleichzeitig wurde durch ein Reichsmietengesetz die Höhe der Miete für Altmwohnungen („gesetzliche Miete“) festgelegt und in maßvollen Grenzen gehalten. In jedem dieser Fälle handelt es sich um Einrichtungen, die sich im Prinzip überhaupt als legensreich für die unteren Volksschichten auswirkten.

Soll das wirklich nur Provisorium gewesen sein? Darf das alles nur Notlösung gewesen sein? Oder muß nicht dieser soziale Gedankengehalt dem Wohnrecht weiterhin eigen sein und weiter ausgebaut werden? Wäre Abbau hier nicht Frevel am Volkswohl?

Bei der allgemeinen kulturellen Bedeutung des Wohnungs- und Wohnrechtsproblems kann die Wohnungserstellung in Zukunft nur noch ausnahmsweise Privatfache sein; sie wird und muß entsprechend ihrer Bedeutung zu einer Angelegenheit der öffentlichen Hand werden. Je mehr sich die Ansprüche an die Wohnung vermehren, desto unmöglicher wird es dem einzelnen erwerbstätigen Staatsbürger der Mittel- und Unterschichten, die Baupmittel selbst aufzubringen. Die Baukosten sind für die Durchschnittshaushaltung unerträglich hoch. Da das geschaffene Bauwerk auch den kommenden Generationen mit dient und nutzt, also eine weit über das Privatinteresse hinausgehende Funktion ausübt, ist es nicht mehr als recht und billig, daß Gemeinde und öffentliche Hand hier eingreifen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß es in Zukunft ein schrankenloses Kündigungsrecht des Vermieters nicht mehr geben darf. Nur ausnahmsweise, wenn wirklich stichhaltige Gründe dafür sprechen, darf zukünftig eine Kündigung oder Mietpreissteigerung möglich sein.

Die freien Gewerkschaften, die schon bisher auf diesem Gebiete eine segensreiche Tätigkeit entfaltet haben, werden daher auch in Zukunft mit aller Kraft an der Schaffung und Gestaltung eines wirklich sozialen Wohnrechts energisch mitarbeiten.

B. A. R.

Nientimp-Skandal

Auch die Bochumer Zentrumspartei beschäftigte sich kürzlich mit den gegen den Reichstagsabgeordneten Nientimp erhobenen Beschuldigungen sehr eingehend. In einer erfolgten Aussprache mit Nientimp wurde er zur Niederlegung des Stadtverordnetenmandats veranlaßt. Auch über die Aufhebung seiner Immunität bzw. der Niederlegung des Reichstagsmandats wurden Verhandlungen gepflogen. Im Auftrage der Reichstagsfraktion des Zentrums nahm daran auch ein Vertreter teil. Wenn die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zutreffen, so hat er sich einer erheblichen Steuerhinterziehung schuldig gemacht, als Syndikus Schmiegelder bezogen und hat sich als Reichstagsabgeordneter von interessierten Seiten bezahlen lassen, was einer passiven Bestechung gleichkommt. Aller Voraussicht nach wird Nientimp von der Reichstagsfraktion des Zentrums veranlaßt werden, ebenfalls sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Weiter ist in diese Affäre noch der Schwager Nientimps verwickelt. Von der Bochumer Bäckermeister-Innung wird gegen diesen Herrn der Vorwurf erhoben, daß er unter seiner parteipolitischen Tätigkeit seine beruflichen Aufgaben als händlerischer Interessenvertreter als Geschäftsführer des Innungsausschusses habe leiten lassen und daß er seine Kenntnisse aus Kommissionierungen zu Drohungen und Einschüchterungen gegenüber der Opposition benützt habe.

Bezeichnend für Nientimp ist ebenfalls folgende Notiz, die wir der „Kölnischen Zeitung“ entnehmen:

„Im Jahre 1908 reichte der Student der Philosophie Nientimp bei der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität eine Dissertation über die Literaturkomödien Ludwigs Tiecks ein. Die Arbeit wurde dem zuständigen Fachprofessor Dr. Schwering zur Beurteilung übergeben, und dieser stellte fest, daß von den 120 Seiten der Abhandlung 120 wörtlich aus Aufsätzen abgeschrieben waren. Die Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts im Cottaschen Morgenblatt erschienen, aber in keiner Bibliographie verzeichnet waren, so daß Nientimp annehmen konnte, sein Plagiat werde unentdeckt bleiben. Der Betrüger wurde entlarvt, doch konnte man ihn nicht gerichtlich belangen, weil er die übliche Erklärung an Eidesstatt, daß er seine Dissertation selbständig verfaßt und keine anderen als die von ihm namhaft gemachten Hilfsmittel benützt habe, nicht abgegeben, sondern sich auf die Versicherung beschränkt, daß seine Arbeit eine selbständige Leistung sei. Dies

hatte der Dekan übersehen, und so konnte kein gerichtliches Verfahren gegen Nientimp eingeleitet werden. Er wurde cum infamia von der Universität relegiert und sämtliche deutschen Hochschulen empfangen von seinem Plagiatversuch Mitteilung.

Nach wie vor hüllt sich die Bäckerinnungspressen in tiefstes Schweigen. Selbst der „Bedruf“, das offizielle Organ des westfälischen Bäckermeisterinnungsverbandes, hat noch keine Zeile über diesen unerhörten Skandal geschrieben. Dadurch wird einer Auseinandersetzung dennoch nicht aus dem Wege gegangen werden. Der am 11. und 12. Juni stattgefundene Verbandstag dieser Organisation hat sich sehr lebhaft, wie uns mitgeteilt wird, mit Nientimp beschäftigt. Wir werden darüber in der nächsten Nummer berichten.

Wie wir soeben aus der Tagespresse erfahren, ersuchte Nientimp in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten um Aufhebung seiner Immunität.

Die Berliner Bäckerzwangsinnung

„Die Deutsche Bäckerei“, dem Organ des Verbandes „Freie Vereinigung deutscher Bäckermeister“, entnehmen wir, daß im Innungsbureau im März ein Einbruch erfolgte, wobei 1700 Mk. geraubt werden konnten. Da in früheren Jahren ebenfalls ein Einbruch stattfand, so ist es um so unbegreiflicher, wie dennoch derartige Beträge so oberflächlich aufbewahrt werden konnten. Bis heute konnten trotz des sofortigen Eingreifens der Polizei die Diebe nicht ermittelt werden. Der Innungsvorstand schwieg dazu. Dann kamen andere erbauliche Dinge zur Sprache, die ein bezeichnendes Licht auf diese Zwangsinnung und ihren Zweckverband warfen. Von einem Angestellten wurden vor etwa drei Jahren einige Tausend Mark unterschlagen. Trotz dieser Veruntreuung durfte er im Bureau weiterarbeiten und konnte von seinem Lohnverdienst Abzahlungen leisten. Ueber die Obermeister und sonstige prominente Personen erfahren wir, daß sie wohl überall Diäten und Sitzungsgelder gern annehmen, aber praktischer Arbeit gehen sie gern aus dem Wege. Keiner will weichen von seiner Futterrippe und die Bäckermeister zahlen die Zechen. In keinem Berufe werden so hohe Beiträge gezahlt wie in der Bäckerzwangsinnung. Dagegen lehnen sich die Meister der freien Vereinigung der Bäckermeister auf, daß ihnen zwangsweise Beiträge abgenommen werden von Organisationen, die nach Art ihres ganzen Aufbaues von ihnen abgelehnt werden. Sie fassen es als eine Erpressung auf und werden nicht umhin können, den Kampf als freie Männer gegen die Zwangsinnung und ihre Verfechter zu führen.

Inwieweit daran Wahres ist, können wir nicht untersuchen, soviel steht aber fest, daß die Bäckerinnungspressen, wenn Gestalt in ihren Reihen ausbricht, nach dem alten Rezept der Vertuschung arbeitet. Wir können diesen merkwürdigen Vorgang im Fall Nientimp wahrnehmen, wozu bis heute keine Innungszeitung ein Wort geschrieben hat. Trotzdem diese Korruptionsaffäre die Späßen von den Dächern pfeifen.

Lohnsumme im Fleischergewerbe

Nach dem Verwaltungsbericht der Fleischereiberufsgenossenschaft für das Jahr 1929 beträgt die Zahl der angeschlossenen Betriebe 59 385 mit einer Beschäftigtenzahl von 147 470 Vollarbeitern. Im Jahre vorher waren 58 452 Betriebe mit 143 006 Vollarbeitern angeschlossenen. Nach einer weiteren Mitteilung im Reichsarbeitsblatt betrug die der Umlage von 143 000 Vollarbeitern im Jahre 1928 zugrunde gelegte Lohnsumme 246 310 140 Mk. Durch den Zugang von weiteren 4000 Vollarbeitern im letzten Berichtsjahre hat die Gesamtlohnsumme weit über 1/2 Milliarde Mark überschritten. Hierbei sind aber nicht die Löhne und Gehälter für die Verkäuferinnen, Kassiererinnen und sonstiges kaufmännisches Personal eingeschlossen. Es interessieren auch in diesem Zusammenhang noch einige Vergleichsziffern mit anderen Berufsgenossenschaften. So betrug die Gesamtlohnsumme in der Lederindustrie 204 Millionen Mark, in der Nahungsmittellindustrie 708 Millionen Mark, bei den Berufsgenossenschaften für den Einzelhandel 1150 Milliarden Mark, bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften wurde eine Gesamtlohnsumme von 22,7 Milliarden Mark den Umlagen zugrunde gelegt.

Ueberproduktion in der Kakaowirtschaft

In den letzten drei Jahren konnte der Weltverbrauch an Kakaobohnen jährlich um etwa 10- bis 15 000 Tonnen zunehmen. Ob die gleiche Zunahme in diesem Jahre zu verzeichnen sein wird, läßt sich noch nicht

absehen, da auch die Kakaos- und Schokoladenfabrikation stark unter der allgemeinen Wirtschaftskrise leidet. Weit stärker jedoch entwickelten sich die Weltvorräte an Kakaobohnen. Von 1926 bis 1929 stiegerte sich der Weltvorrat um rund 40 000 Tonnen. Wenn auch dazu noch diverse tausende Tonnen Vorräte in den Betrieben und bei sonstigen Großhandelsfirmen lagern, die durch die allgemeine Statistik nicht erfaßt sind, so kommt die bedeutend mindere Zunahme des Verbrauchs noch stärker zur Geltung. Es macht sich bereits ein Preisrückgang bemerkbar. Vielleicht ist durch die Senkung des Preises für diesen Rohstoff auch ein Preisabbau für die Fertigwaren zu erwarten.

Unilever-Konzern

Der aus dem Zusammenschluß der beiden Dachgesellschaften des niederländisch-britischen van den Bergh-Jurgens-Konzern — der Margarine Union N. B. und der Margarine Union Ltd. — mit der Dachgesellschaft des britischen und westafrikanischen Delfruchte-Seifen- und Margarine-Konzerns — der Lever-Brothers Ltd. hervorgegangene Unilever Konzern berichtet über das vergangene Geschäftsjahr von einem Reingewinn in Höhe von 42,297 Millionen Gulden gegen 20 Millionen Gulden im Jahre vorher. Hinzu kommt ein Vortrag von 952 000 Gulden. An dieser Summe ist die Unilever N. B. mit 35,960 Millionen Gulden und die Unilever Ltd. mit 607 000 Pfund Sterling (etwa 7,3 Millionen Gulden) beteiligt. Nach Ausschüttung einer siebenprozentigen Dividende auf das Vorzugs-

Warum sind deine Mitarbeiter unorganisiert?

Am 21. Juni ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

aktienkapital in Höhe von 3,221 Millionen Gulden entspricht der Rest des verfügbaren Reingewinns in Höhe von rund 40 Millionen Gulden reichlich einem Fünftel des untergebrachten Stammkapitals beider Gesellschaften. Hierfür wurden 6 Proz. Dividende oder 11,367 Millionen Gulden ausgeschüttet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde noch eine unmittelbare Kontrolle über zwei weitere Konzerne erworben. Außerdem diente ein Teil der 1929 erfolgten Neuausgaben von Stamm- und Vorzugsaktien zur Uebernahme des Schicht-Konzerns in Aufzig und der N. B. Hartog's Fabrieken in Holland.

Aus einer Zusammenfassung der Bilanzen der fünf wichtigsten Tochtergesellschaften ohne Schicht und Hartog geht hervor, daß die Gesamtsumme der Rücklagen und Gewinnvorräte bei diesen Gesellschaften sich nach Zusammenfassung des Gewinnes aus dem Jahre 1929 auf 59 325 225 Gulden beläuft. Von diesen fünf wichtigen Tochtergesellschaften hatte Anton Jurgens 1929 einen Reingewinn von 15,160 Millionen Gulden bei einer Dividende von 10 Proz., von den Bergh 6,92 Millionen Gulden und 10 Proz. Dividende, Jurgens Ltd. 4,755 Millionen Gulden und 7 Proz. Dividende und N. B. Holl. Vereen. tot Expl. van Margarine-Fabr. 4,780 Millionen und 17,5 Proz. Dividende.

Ueber das dem Schicht-Konzern und somit dem Unilever-Konzern angehörende Reichardt-Werk in Wandsbel wird berichtet, daß Jurgens - Van den Bergh Margarine Verkaufs Union G. m. b. H. von den 10 Millionen Stammanteilen dieser Gesellschaft allein 9 749 580 Mark in Händen hatte und von den Stammanteilen der Schleswig-Holsteinischen Kakaogeschäft m. b. H. in Höhe von 1 974 960 Mark oder fast 97,5 Prozent dieses Stammkapitals besitzt. Das amerikanische Tochterunternehmen des Reichardt-Konzerns in New Brunswick ist nunmehr an die Zonite Products Corporation verkauft worden.

Tarifverhältnisse in Königsberg i. Pr.

Die Lohn- und Tarifbewegung der Brauereiarbeiter führte zu dem Erfolg, daß die Nettoarbeitszeit pro Woche um drei Stunden ohne Lohnkürzung herabgesetzt wurde. Zugleich wurde noch eine wesentliche Lohnerhöhung erzielt. Urlaub und die Bestimmungen des § 616 BGB. wurden verbessert. Die Erfolge beruhen auf den guten Organisationsverhältnissen. Bei einer Gegenüberstellung der Löhne in den übrigen Berufen sei der Lohn eines ungelerten Brauereiarbeiters mit 82 Pf. die Stunde zugrunde gelegt.

Die Löhne der Mühlenarbeiter sind zum 30. Juni dieses Jahres gekündigt. Der Stundenlohn beträgt 73 bzw. 75 Pf. Sie waren stets bereit, sich durch den Kampf bessere Lohnbedingungen zu schaffen. Sie standen bisher mit 1 bzw. 4 Pf. höher als die Brauereiarbeiter. Es gilt daher, in den kommenden Verhandlungen darauf hinzuwirken, nicht nur den Lohn der Brauereiarbeiter zu erreichen, sondern

darüber hinauszukommen. Besonders in den beiden großen Mühlen wird die Arbeitskraft jedes einzelnen voll ausgenutzt. Die Schwere der Arbeit bedingt eine bessere Ernährung. Die Geschlossenheit der Mühlenarbeiter, wie sie bisher gewesen ist, muß gewahrt werden, darum die wenigen Kollegen, die noch nicht den Weg zu uns gefunden haben, aufgerüttelt und eingegliedert in die Reihen der organisierten Mühlenarbeiter.

In nicht allzu ferner Zeit werden auch die Arbeitnehmer der Brennereien und Lössfabriken zur Kündigung ihrer Lohnvereinbarungen Stellung nehmen müssen. Es handelt sich hier um Kleinbetriebe, in denen die Arbeitnehmer mehr unter dem Einfluß der Unternehmer stehen. So haben es auch einzelne Arbeitgeber verstanden, ihre Leute von der Organisation fernzuhalten. Sie spielen aber eine führende Rolle innerhalb des Arbeitgeberverbandes und stehen jeder Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnend gegenüber. Der Lohn dieser Kollegen ist um 12 Pf. pro Stunde geringer als bei den Brauereiarbeitern. Wenn die kommende Bewegung zu einem Erfolg führen soll, muß die Zersplitterung aufhören; durch vereinte Kraft kann viel erreicht werden. Sind diese Betriebe weniger leistungsfähig? Wir behaupten nein, denn durch die Beschäftigung von drei Fünfteln Arbeiterinnen wird das Lohnkonto der Betriebe ganz erheblich herabgedrückt. Besonders die Kolleginnen müssen erkennen, daß sie mit ihren männlichen Arbeitskollegen den Kampf um ihr Dasein zu führen haben. Das kann aber nicht der einzelne; daran müssen alle mitarbeiten.

Die Gruppe der Mineralwasserbetriebe hat uns seit Jahren die größten Sorgen gemacht. Gleichgültigkeit der Arbeiter führte zu einer dauernden Senkung des Lohnniveaus. Mit 62 Pf. die Stunde, also 20 Pf. weniger als die Brauereiarbeiter, stehen sie an letzter Stelle der Getränkearbeiter. Dieses haben die Kollegen dem Mineralwasserbetrieb Eduard Schmidt zu verdanken, weil sie seinen Lockungen und denen des Borarbeiters Heinrichs gefolgt sind. Dadurch ist es den Unternehmern gelungen, den Ablauf der Lohnvereinbarungen auf den Herbst zu verlegen, wo ihnen die kalte Bitterung als weiterer Bundesgenosse zur Seite steht. Erkennt, daß ihr es eurer Familie und euch selbst schuldig seid, die Gesundheit und das Leben zu erhalten durch ein ausgiebiges Einkommen. Darum nützt die kommende Zeit, Aufklärung zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, daß der letzte Mann sich zur Organisation stellt.

Auch in den Kleinbetrieben der Fleischer und Bäcker, wo die Fleischergefellensbrüderschaft und der gelbe Bund stets Meistertrübe propagieren, sieht es traurig aus. Wiemeist diese beiden gelben Richtungen für das Wohl und Wehe der Gesellen Sorge tragen, ergibt sich daraus, daß der Bäckergefell mit 8 Pf. und der Fleischergefell mit 13 Pf. im Durchschnitt die Stunde unter dem Lohn eines ungelerten Brauereiarbeiters steht. Wo sitzen nun die Beschützer des Handwerks? Haben doch die Gelben durch ihre Vereinsmeierei mit den Meistern dafür gesorgt, daß der Bäcker- und Fleischergefell zum Kuli des Meisters geworden ist. Werden die Kollegen in den Bäckereien und Fleischerereien nicht bald erkennen, daß sie sich loslösen müssen von einer Gesellschaft, die gegenüber den Unternehmern nicht ihre Interessen wahr, sondern mit diesen zulammen ihre Stellung im „ehrbaren“ Handwerk durch treudeutsche Grübe zum Sklaventum herabwürdigt. Wenn die Kollegen erkennen wollen, daß ihr Handwerk, ihre Familie und sie selbst in dem Wirtschaftsstrudel nicht untergehen wollen, dann heißt es für uns alle, Schulter an Schulter zu stehen gegen den einzigen Feind der Arbeiterchaft, der Profitgier der Arbeitgeber. Die organisierten Bäcker- und Fleischergefell müssen es als ihre heiligste Aufgabe ansehen, den gelben Zertrümmern des Handwerks die schmutzigen Quellen zu verstopfen und den letzten Mann für den Verband zu gewinnen.

Das letztere müssen auch die Kolleginnen und Kollegen in der Süßwarenindustrie erkennen. Dort hat die Organisation erst vor kurzem Fuß gefaßt, und es ist ihr gelungen, in kürzester Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Sind diese auch noch nicht vorbildlich, so ist der Grundstein gelegt, auf dem gebaut werden kann. Im nächsten Monat sollen die Löhne gekündigt werden. Forderungen auf Erhöhung der Löhne werden den schärfsten Widerstand der Unternehmer finden. Daher heißt es auch hier, die Kräfte zu sammeln; dann wird die Saat, die ausgestreut ist, Früchte tragen.

Mit dieser Gegenüberstellung der einzelnen Industriegruppen zu den Brauereiarbeitern soll gezeigt werden, was eine geschlossene Front gegenüber den Unternehmern erreicht. Das ist auch bei den anderen Gruppen möglich. Deshalb heran an die Arbeit und neue Kämpfer für die edle Sache der Arbeiterschaft werben. Nur eine Parole gibt es für die in der Nahungsmittellindustrie beschäftigten Arbeitnehmer: Hinein in den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. „Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten, nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht“, muß der Leitstern auf dem Wege der Zusammenfassung aller Kräfte sein.

Ausgang der Bewegung in der rheinisch-westfälischen Brauindustrie

Mit der Kündigung der Löhne fiel zeitlich zusammen die drohende Brausteuer. Diesen Vorgang benutzten die Unternehmer, Verhandlungen über die neue Lohnregelung abzulehnen. Abgelehnt wurde auch ein Schiedspruch, der eine 4 prozentige Lohnerhöhung brachte und die Gleichstellung der Arbeiter durch Beseitigung des Hausstandsgeldes herbeiführte.

Die Verhältnisse in der Brauindustrie liegen hier sehr günstig. Sowohl nach der produktiven wie nach der gewinnbringenden Seite haben die Groß- und Kleinbrauereien äußerst günstig abgeschnitten. Die Berichte der Finanzamtsbezirke bestätigen diese Tatsache.

Im Rahmenvertrag wurde auf Vorschlag der Unternehmer ein Schiedsamt verankert, das entstehende Differenzen unter Kontrolle stellt und auch alle Lohnbewegungen schiedsgerichtlich zur Erledigung zwingt. Dennoch das Verhalten der Unternehmer gegen den Schiedspruch.

Die ablehnende Haltung der Unternehmer ist auf das Vorgehen ihres Syndikus Dr. Biergans zurückzuführen, der schon im Anfangsstadium der Bewegung eine Stellung einnahm, die zu ernststen Differenzen führen mußte, denn Verhandlungen waren über die eingereichten Forderungen nicht möglich.

Vom Landeslichter war auf den 4. November 1929 Termin angesetzt. Mit diesem Termin fiel zeitlich zusammen die Generalversammlung der Unternehmer, in der Dr. Biergans über die Stellung der Gewerkschaften in bezug auf die Lohnpolitik folgendes sagte:

„Leider scheint die Gewerkschaft von ihrer üblichen Taktik, die Forderungen — sei es im Hinblick auf die Schlichtungsinstanzen, sei es aus propagandistischen Gründen oder aus reiner Gewohnheit — erheblich zu überspannen, immer noch nicht abzurücken.“

Wer seine Auftraggeber in solcher Art unterrichtet, braucht sich nicht wundern, wenn Verhandlungen aussichtslos, Schiedsprüche der Ablehnung verfallen und ernste Differenzen hervorgerufen werden.

Eine Konferenz der Brauereiarbeiter beschloß einen Verbindlichkeitsantrag beim RWM. zu stellen. Hier machten die Unternehmer geltend, daß der Schiedspruch nicht wegen seiner Lohnhöhe, sondern wegen der Folgen der neuen Brausteuer abgelehnt werden müßte und erjuchten, die Behandlung des Antrags auf Verbindlichkeit solange auszusetzen, bis in der Brausteuerfrage Klarheit geschaffen sei. Den Unternehmern wurde Rechnung getragen und die Verhandlungen nach Dortmund zurückverwiesen mit dem endgültigen Termin des 20. Januar. Die Situation über die Biersteuer war zu diesem Zeitpunkt noch ungeklärt als zuvor, daher nochmalige Vertagung.

Nach diesem Zeitpunkt wurde die Einstellung des Syndikus immer zweifelhafter. Trotzdem gelang es am 6. Mai in einer Verhandlung mit der Kommission der Unternehmer zu erreichen, daß der Schiedspruch nun endlich in Kraft gesetzt wurde. Ueber den Termin der Nachzahlung bestanden noch Differenzen. Wider Erwarten erhielt die Tarifkommission nach zwei Tagen

die Nachricht, daß der Feststellungsausschuß die Empfehlung seiner Kommission ablehnt und nicht mehr zu dem Schiedspruch stehe.

Versammlungen allerorts nahmen mit oft recht stürmischem Verlauf hierzu Stellung. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Verhalten der Unternehmer gegen Treu und Glauben verstoße und daß ernste Maßnahmen zu ergreifen seien. Um den Arbeitern zu den vorenthaltenen Rechten zu verhelfen, wurde beschlossen, falls die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren, die Forderungen unter allen Umständen zu erkämpfen.

Die Tarifkommission trat erneut zu Beratungen und gelangte unter Würdigung der Verhältnisse, insbesondere durch Ueberlastung des Arbeitsmarktes und damit im Gefolge der großen Zahl der Erwerbslosen, zu dem Resultat, den zurückgestellten Antrag auf Verbindlichkeit beim RWM., der nur ausgesetzt war, wieder aufzunehmen.

Diese Verhandlungen erfolgten am 31. Mai 1930, und hier wurde durch den Syndikus deutlich erklärt, daß, nachdem allgemein von Lohnsenkungen die Rede sei, für sie der Zeitpunkt gekommen, zu erklären, daß sie nicht mehr zum Schiedspruch ständen und jede Lohnerhöhung ablehnen müßten.

Unter diesen Umständen entstand eine neue Situation, und diese wurde mit der Länge der Verhandlungen, zumal die Unternehmer mit aller Deutlichkeit erklärten, einem Schiedspruch nur die Zustimmung zu erteilen, der eine Lohnerhöhung nicht enthalte, immer ernster.

Unter Außerachtlassung des Antrags erfolgten neue Verhandlungen und führten zu einer Vereinbarung, wonach der Schiedspruch dadurch einer Korrektur unterzogen wurde, indem der Spitzenlohn von 62 Mk. auf 61 Mk. festgelegt, dagegen die Bestimmung des Schiedspruches in voller Form unter unwesentlichen Änderungen des Ablauftermins angenommen wurde.

Der Verlauf der Bewegung zeigte, daß die Arbeiter in den Brauereien eine große Geduld an den Tag legten, und nur dadurch kam noch eine Einigung zustande.

Die Anwürfe des Syndikus, daß die Gewerkschaft nur aus propagandistischen Gründen und aus reiner Gewohnheit Forderungen stelle und sie erheblich überspanne, sind durch den Verlauf der Bewegung gründlich widerlegt.

Die Tarifkommission war sich ihrer Handlung durchaus bewußt und hat die volle Verantwortung für die Vereinbarung von Berlin von vornherein übernommen.

Wir hoffen, daß die Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen aus dieser Bewegung die notwendige Ruhanwendung ziehen. Wilh. Frank.

Das Gebot der Stunde

Ein Mahnruf an die Unorganisierten.

Beobachtet man heute den Existenzkampf, wie er auch in unserer Branche sehr oft mit Mitteln geführt wird, die sich nicht immer im Rahmen eines aufrechten Menschen halten, so kommt man immer wieder zu der Ueberzeugung, daß es sehr wichtig ist, daß sich alle Arbeitnehmer noch mehr wie bisher zusammenschließen und sich in den freien Gewerkschaften organi-

lieren. Gerade in den letzten Jahren, wo die Technik so kolossale Fortschritte macht, wo man die menschliche Arbeitskraft immer mehr durch Maschinen ersetzt, ist der Kampf ums Dasein um so schwerer, und jeder sollte sich deshalb zur Aufgabe machen, mit allen Kräften am Aufbau der Organisation mitzuarbeiten.

Gar vielen hat das Schicksal hart mitgespielt, vielen, die früher als „Pioniere“ unserer heutigen Generation den Weg gezeigt haben, sind heute ihres vorgeschrittenen Alters wegen brotlos geworden, weil die Unternehmer glauben, sie nicht mehr verwenden zu können, trotzdem noch viele von ihnen in der Lage sind, ihren Mann zu stellen. Mancher, der glaubte, eine Lebensstellung zu haben, ist nach 25- und mehrjährigem Arbeitsverhältnis entlassen worden, ohne Rücksicht auf seine familiären Verhältnisse. Man sieht daran schon, wie wichtig es ist, sich durch engeren Zusammenschluß zu wehren. Trotzdem stehen aber noch viele der freien Gewerkschaft fern und behaupten sogar, Organisation sei nicht nötig. In Wirklichkeit wollen sie aber nur die Vorteile genießen, welche durch Abkommen und Tarifabschlüsse getroffen wurden, ja, sie wollen nur Nuhnier auf Kosten anderer sein. Es ist nur gut, daß es immer wieder Kämpfer gibt, die nicht müde werden, am Aufbau und Fortschritt der Freien Gewerkschaft mitzuarbeiten.

Die Anekdoten „Die Peitsche“ in unserem Verbandsorgan „Einigkeit“, Nr. 1 vom 2. Januar 1930, gibt ein glänzendes Bild von einem Fuhrmann, der mit seiner Peitsche alles niederzuschlug, was ihm in den Weg kam. Doch als er aufgefordert wurde, in einen Bienenschwarm zu schlagen, da rümpfte er die Nase und erklärte: „Nein, das könnte mir übel bekommen, denn die sind organisiert.“

Wollen wir uns vor den Schlägen der Hungerpeitsche wahren, so denkt daran, daß nur die Einigkeit stark macht, und nur eine gutorganisierte Arbeiterschaft den Kampf ums „tägliche Brot“ mit Erfolg führen wird.

Die Deckung des Defizits

Das Reichskabinett bemüht sich seit längerer Zeit, für das im laufenden Etatsjahr drohende Defizit in Höhe von 600 bis 800 Millionen Mark Deckung zu finden. Nun wird vorgeschlagen, die Reformvorschlüsse der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung dahin zu ergänzen, daß statt 3½ Proz. 4½ Proz. Arbeitslosenversicherungsbeitrag erhoben wird. Diese Erhöhung soll bis zum 31. März 1931 befristet sein. Der trotz der Erhöhung der Beiträge noch fehlende Betrag zur Aufrechterhaltung der Versicherungsleistung soll durch die Aufnahme von Darlehen erfolgen.

Weiter wurde ein Gesetzentwurf über eine vorübergehende Reichshilfe der Festbesoldeten im öffentlichen Leben und in der Privatwirtschaft vom Kabinett angenommen. Dieser Entwurf enthält eine Sonderbelastung der Festbesoldeten in Höhe von 3 bis 4 Proz. der Einkommensteuer. Außerdem ist vorgesehen, die Aufsichtsrats-tantiemen durch Sonderbeiträge zu belasten und die Ledigen, männlichen und weiblichen Geschlechts, mit einer Junggefallensteuer in Höhe von 10 Proz. der Einkommensteuer an der Deckung des Defizits teilnehmen zu lassen.

Der Dorfböttcher

Skizze aus dem Dorfleben von 1890.

„Nehmt euch vor dem Binderfranz in acht! Er ist ein räudiges Schaf unter der reinen Herde meiner Pfarrkinder. Seine Worte fließen ihm wie Honig von den Lippen, sind aber schädliches Gift für die gläubige Christenseele!“

Also sprach salbungsvoll der eifrige Seelenhirte von Aufberg nach dem sonntäglichen Frühgottesdienst zu der Gemeindepredigt, die in den Pfarrhof gekommen war, um dem „Herrn“, der an diesem Tage das Namensfest feierte, die Glückwünsche des Dorfes darzubringen.

Ein Gemurmel, das wie Zustimmung klang, durchlief die Reihen der Gratulanten, die sich gleich darauf mit ehrfurchtsvollen Kratzfüßen von Seiner Hochwürden verabschiedeten. Als sie die Tür des Pfarrhauses hinter sich hatten, stießen sie sich gegenseitig an und einer flüsterte zum anderen: „Hast's gehört? der Binder hat wieder seinen Teil; auf den ist der Herr nicht gut zu sprechen!“

„Geht aber auch nie in die Kirche“, meinte einer „und hat oft so gar seltsame Ansichten über die Herrenleute; zeußert!“

„Doch sonst ist der Franz durchaus kein übler Bursche“, nahm ein zweiter das Wort, „er ist dienstgefällig und nachbarlich, wie nicht leicht einer im Ort“, „und was seine Ansichten betrifft“ sprach ein Dritter, „so scheinen mir dieselben gar nicht so seltsam. Ich glaube sogar, wenn es nach seinem Kopfe ginge, hätten wir das angenehmste Leben auf der Welt!“ Derjenige über den lachten in dieser Weise geurteilt wurde, der Binderfranz, wie er gewöhnlich hieß — er war nämlich Jagdbinder — war allerdings kein übler Bursche, wie einer seiner Mitbürger bemerkt hatte, aber in den Augen der meisten Aufberger

war er ein schlimmer Unchrist, der sich um die Gebote der Kirche nicht kümmerte und auch an den weltlichen Obrigkeiten sehr viel zu mäkeln wußte. Dem Pfarrer des Orts vor allem war der Binderfranz ein Gräuel und nicht selten entströmten auf der Kanzel dem geistlichen Munde böse Scheltworte über die reizenden Wölfe, räudigen Schafe, die ungetrauen Knechte und ähnliche in der Bibel mit ewiger Verdammnis bedrohte Subjekte. Da zischelten die frommen Zuhörer wohl einander zu: „Merkst Du, auf wen's gemünzt ist? Ja, ja, der Binderfranz!“

Dieser aber, gegen dessen Haupt der Groll des Hochwürdigen gerichtet war, sah niemals unter der andächtigen Gemeinde — er ging, wie bereits gehört, nicht in die Kirche — und so konnten die Donnerworte des Pfarrers in seiner Seele keine Spuren zurücklassen. Wenn ihm dann ein gefälliger Nachbar die Kunde hinbrachte, der „Herr“ habe wieder arg auf die hartnäckigen Sünder und Berführer gescholten, so lächelte er nur und äußerte dann seine Meinung, wie sich diese in seinem schlichten Verstand gestaltete, die er durch Lesen trefflicher, im Geiste reiner Menschlichkeit geschriebener Bücher zu schärfen suchte. So hat er sich auch heute nicht gekränkt gefühlt, als er die Äußerung des Pfarrers betreffs seiner vernommen. Und er hatte sie bald vernommen; denn in einem Dorfe gibt es kein Geheimnis, am allerwenigsten, wenn eine mehrköpfige Deputation davon weiß. Nur am Nachmittage, als er im Kreise seiner Mitbürger bei einigen Gläsern Bier sich veranigte, nahm er sich heraus, wieder einige seiner „seltsamen Ansichten“ zu äußern. Die Aufberger besprachen unter anderem beim Biertrage auch die Formittagspredigt des Pfarrers, die ihnen allen trefflich dünkte. „Selig sind die Armen im Geiste, ihrer ist das Himmelreich!“ so hatte der Text der Predigt gelautet. Mit tröstlichen Worten hatte der hochwürdige Herr seine

liebe Herde auf die Freuden des Jenseits gewiesen, die aller wartete, wenn sie die Mühen und Entbehrungen dieser Welt geduldig ertrügen. Der Binderfranz hörte den Lobsprüchen, die den Worten des Pfarrers gependet wurden, eine Zeitlang zu, dann mischte er sich in das Gespräch: „Du hast allerdings recht, Ignaz“, wandte er sich an seinen nächsten Tischnachbarn, „wenn du sagst, unser Leben sei nur kurz, aber darin hast du unrecht, daß du daraus folgerst, daß wir es für nichts achten sollen. Ich sage vielmehr, eben weil unser Leben kurz ist, müssen wir es recht hoch anschlagen. Du meinst ferner, wir sollen die Widerwärtigkeiten dieses Lebens mit Ergebung hinnehmen; ich dagegen sage, wir sollen diese Widerwärtigkeiten mit allen Kräften zu beseitigen suchen. Es mag allerdings etwas Schönes sein um die Freuden der anderen Welt, wie der Pfarrer sagt — ich selbst war nie dort — aber ich frage, sollen wir uns eine sichere Gegenwart verbittern um einer ungewissen Zukunft willen?“

In der Predigt ist das Lob der Armut verkündet worden. Ich frage wiederum: Was ist an der Armut lobenswert? Birgt nicht das Wort Armut alles Elend in sich? Es ist geradezu widernatürlich, die Armut zu rühmen; denn das hauptsächlichste Streben der Menschen geht dahin, die Dürftigkeit fernzuhalten. Der Hochwürden mag leicht der Armut das Wort reden, er hat nie Entbehrung gelitten. Er hat auch, wie ich gehört habe, am Weihnachtsfeiertage so schön von der Erlösung gesprochen. Aber sag mir mal einer von euch, wovon er erlöst ist. Plage um das kümmerliche tägliche Brot bei oft übermäßiger Anstrengung, das ist die ganze Erlösung, die wir bis jetzt verspürt haben! Doch mißdeutet meine Worte nicht. Ich sage nicht, daß es überhaupt keine Erlösung gibt; aber wir selbst müssen uns erlösen. Keiner anderer kann dies für uns tun. Wir selbst müssen

Eine andere Vorlage befaßt sich mit der Kürzung der Steuerfristen in der Zigarettenindustrie mit gleichzeitiger Verlängerung der kürzlich eingeführten Kontingentierung bis zum 31. März 1932.

Die hier wiedergegebenen Deckungsvorlagen zusammen mit den von der Regierung geplanten Sparmaßnahmen sollen nach den Ansichten des Kabinetts die Höhe des Aufkommens der in Vorschlag gebrachten Steuern nicht so optimistisch sein wie die Regierung. Von der Regierung wurden gleichzeitig Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit beschlossen. Es soll dies geschehen durch Einleitung größerer, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechenden Arbeiten. Vorsehen ist die Vergebung von umfangreichen Aufträgen seitens der Post und der Reichsbahn. Weiter sollen Mittel bereitgestellt werden, um im Laufe des Jahres 35 000 bis 40 000 Kleinwohnungen fertigzustellen. Auch ein allgemeines Straßenbauprogramm, das den notwendigen Ausbau des vorhandenen Netzes vorsieht, ist in Aussicht genommen. Mit diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm kann man im allgemeinen einverstanden sein, enthält es doch im wesentlichen die Forderungen, die die Gewerkschaften schon seit längerer Zeit erhoben haben. Hoffentlich wird der in diesem Programm zum Ausdruck kommende gute Wille nicht durch bürokratische Maßnahmen illusorisch gemacht.

Tätigkeitsbericht des IGB.

Auf dem Stockholmer Kongreß wird der Tätigkeitsbericht des IGB. über die Jahre 1927 bis 1929 vorgelegt werden. Dieser Bericht vermittelt eine gute Uebersicht über die zahlreichen und vielfältigen Bemühungen des IGB. auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Kampfes.

Wenn man berücksichtigt, daß sich in den drei verfloßenen Jahren die Wirtschaftslage aller Länder dauernd verschlechtert hat, so ist es erfreulich, daß der IGB. seinen Mitgliederbestand nicht nur halten, sondern um einige Hunderttausende vergrößern konnte. Das gleiche gilt für die Internationalen Berufssekretariate. Sowohl der IGB. als auch die IBS. umfassen mehr als 13 Millionen Mitglieder. Weiter sind dem IGB. drei neue Landeszentralen beigetreten: der griechische Gewerkschaftsbund, die estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südwestafrika.

Ernste Anstrengungen wurden in der Berichtsperiode gemacht, um mit nicht angeschlossenen Organisationen und Landeszentralen in Beziehung zu kommen. In einem ausführlichen Kapitel sind diese Bemühungen geschildert, die sich nicht nur auf die einzelnen noch nicht angeschlossenen Landeszentralen in Europa beschränkten, sondern sich auf die Länder aller Weltteile ausdehnten. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Verhältnis zum Amerikanischen Gewerkschaftsbund sowie zum Panamerikanischen Gewerkschaftsbund gewidmet. Wenn die Anschlußbestrebungen des IGB. nicht den gewünschten Erfolg hatten, so ist ein wichtiger Grund hierfür der (wie dies auch der Bericht klar hervorhebt), daß der IGB. nur Landeszen-

tralen aufnehmen kann, während sich in den meisten der außereuropäischen Weltteile eine zentralisierte freie Gewerkschaftsbewegung erst langsam zu entwickeln beginnt.

Die Beziehungen zu den Internationalen Berufssekretariaten (IBS.) waren ausgezeichnet. Die vom IGB. festgelegte Politik bezüglich des Beitritts russischer Organisationen zu den IBS. wurde voll und ganz eingehalten. Ueberhaupt läßt der Tätigkeitsbericht deutlich erkennen, daß der Einfluß Moskaus in den letzten drei Jahren stark zurückgegangen ist und daß, wenn die Angriffe der Russen auch nicht völlig aufgehört haben, sie doch aufgehört haben, Eindruck zu machen.



Kienkimp spricht über: „Eheltich im Handel, eheltlich im Wandel“

Die Abschnitte über die Sozialgesetzgebung und die Wirtschaftsfragen stellen eingehend die Bemühungen des IGB. dar, seinen Einfluß sowohl auf sozialpolitischem als auch wirtschaftlichem Gebiete zu vergrößern und besonders auf den internationalen Arbeitskonferenzen die Interessen der Arbeiter stärker zur Anerkennung zu bringen. Die Behandlung eines internationalen sozialpolitischen Programmes sowie eines internationalen Wirtschaftsprogrammes auf dem Stockholmer Kongreß ist ein Beweis dafür, wie große Bedeutung der IGB. diesen beiden Fragen zumißt, und wie stark er bestrebt ist, auf diesen für die Arbeiterklasse wichtigsten Gebieten eine einheitliche internationale Politik herbeizuführen.

Auch der Jugendbildungsarbeit und den Arbeiterinnenfragen widmete der IGB.

seine Aufmerksamkeit. Ernsthaft setzte er sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugendlichen und der Lage der Arbeiterinnen ein.

In der Berichtsperiode wurden zahlreiche Veröffentlichungen herausgegeben, die in allen Weltteilen Verbreitung fanden. Weiter stellte der IGB. eine Reihe von Erhebungen an, die vor allem einen interessanten und nützlichen Meinungsaustausch zwischen den Organisationen der angeschlossenen Länder ermöglichten.

Dem eigentlichen Tätigkeitsbericht ist ein Anhang mit ausführlichen Berichten der Landeszentralen und Berufssekretariate über die Jahre 1927 bis 1929 beigefügt. Der Tätigkeitsbericht des IGB. gibt ein klares Bild des Standes der internationalen Gewerkschaftsbewegung und kann als wertvoller Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden.

Der Lebensmittelgroßhandel

Der Enqueteauschuß des Reichswirtschaftsrates kam bei seinen Untersuchungen über den Lebensmittelgroßhandel zu folgendem Ergebnis: Auch beim selbständigen Großhandel ist ein Uebergang zu Waren besserer Qualität und besserer Aufmachung zu beobachten. Die Markenartikel sind im Vergleich zur Vorkriegszeit überall im Vordringen begriffen, dadurch ist auch eine Vermehrung in der Zahl der geführten Artikel eingetreten. Abnehmer sind vorzugsweise Einzelhändler, Konsumvereine und Werkskonsumanstalten, öffentliche Anstalten spielen daneben nur eine geringe Rolle. Der Anteil des Einzelhandels beträgt im Durchschnitt 85 bis 90 Proz. des Jahresumsatzes. Gegen die Vorkriegszeit sind die Aufträge im allgemeinen kleiner geworden; wofür als Grund die größere Zahl der verlangten Sorten und Verkleinerung der Läger und Kapitalmangel der Kunden sowie die erschwerten Existenzbedingungen des Einzelhandels aufgeführt werden.

Für das Jahr 1913 wurde ein durchschnittlicher Unkostenfuß von 5,2 Proz. und für das Jahr 1926 ein solcher von 8,6 Proz. festgestellt. Der Reingewinn bewegt sich bei fast allen Unternehmungen zwischen 1% und 2 Proz. des Umsatzes. Es wäre hierbei sehr interessant, erfahren zu können, welche Ausgaben auf das Unkostenkonto gebucht werden; denn in neuester Zeit ist es allgemein üblich, daß vielfach Ausgaben für persönlichen Aufwand, Repräsentationskosten, Aufwandsentschädigungen usw. auf dem Unkostenkonto gebucht werden. Wenn diese persönlichen Unterhaltungskosten, die doch auf alle Fälle als Reingewinn in Betracht kommen, zu diesem hinzugerechnet werden, so steigert sich wesentlich der prozentuale Anteil des Reingewinns.

Der Enqueteauschuß würde eine sehr gute Arbeit geleistet haben, wenn er sich auch mit der Frage der Ueberfetzung im Lebensmittelhandel beschäftigt hätte. Es ist selten eine solche starke Verzweigung wahrzunehmen wie im Lebensmittelhandel. Ueberall sind nicht existenzberechtigte Händler zu beobachten, die ganz besonders in den Arbeiterkreisen ihren Warenabsatz finden und die bestimmt zur Verteuerung der Lebensmittel beitragen. Auch in hygienischer Hinsicht sind viele dieser Kleinhandlungen nicht zu begrüßen.

uns befreien von dem Druck, der auf uns lastet, unter dem schon unsere Vorfahren gekämpft. Wir alle müssen darauf hinarbeiten, daß die wahren Menschenrechte im vollen Umfange erkannt und anerkannt werden. Dann wird die unser aller unwürdige Armut von selbst schwinden und niemanden wird es einfallen, einem solch verabscheuungswürdigen Zustande Lob zu spenden!

Nach diesen Worten trank der Binderfranz sein Bier aus und verließ, seine Mitbürger freundlichst grüßend, die Wirtstube.

Lautilos saßen die Aufberger noch eine Zeitlang da und suchten das Gehörte zu erfassen. Er war halt doch ein recht „räuiges Schaf“, dieser Binderfranz.

Ein Kapp-Putsch-Roman

Zehn Jahre sind jetzt seit dem Kapp-Putsch vergangen, und dieser zeitliche Abstand gibt uns die Möglichkeit, die Ereignisse von damals leidenschaftsloser, sachlicher und im Zusammenhang mit den späteren politischen Erscheinungen zu sehen. Diesen Abstand braucht besonders der Schriftsteller. Es gibt nur wenige Bücher, denen es gut bekommen ist, unmittelbar einem Erlebnis folgend geschrieben zu sein. Und es ist kein Zufall, daß erst zehn Jahre nach dem Weltkrieg die Zeit für die Romane der Nachkriegsperiode gekommen.

Der Roman „Ca ira!“ von Erich Knauf, der jetzt bei der Büchergilde Gutenberg Berlin in der Dreimarkserie dieser Gemeinschaft der werktätigen Buchleser erschienen ist, wird im Untertitel „Ein Reporteroman aus dem Kapp-Putsch“ genannt. Der Verfasser will also nicht den Kapp-Putsch in seiner Gesamtheit im Roman erfassen, sondern er will eine

Episode aus diesem Putsch zum Roman gestalten. Der Untertitel fügt hinzu: Reporteroman, also eine Verbindung von Reportage und Roman, von Berichterstattung und Dichtung. Diese Verbindung ist dem Autor geglückt. Man merkt es diesem Buch an, daß neun Zehntel der Ereignisse des Buches wirklich erlebt sind. Und wenn es auch nur eine Episode ist, die Knauf herausgreift, dann ist diese Episode doch so charakteristisch für den Verlauf des Kapp-Putsches, daß man aus diesen Kapiteln das ganze verhängnisvolle Ereignis erkennen kann.

Wir erleben in diesem Buch wieder, wie die Reaktion die Bajonette aufmarschieren läßt, wie die Arbeiterregierungen stürzen, wie die Maschinengewehre ihre tödliche Litanei herunterrasseln, wie die Arbeiter aufstehen und die Republik und die Revolution mit ihren Leibern decken. Aber dann zeigt es sich wieder, daß die Arbeiter ihren Sieg nicht zu nutzen wissen. Sie liefern allzufrüh die erbeuteten Waffen wieder ab und sind von diesem Augenblick an sofort die Besiegten. Die mit Milde und Menschlichkeit behandelte Reaktion triumphiert nach wenigen Wochen wieder über das Proletariat und schlägt mit brutaler Faust dort zu, wo die Arbeiter den bewaffneten Widerstand nicht aufgeben wollen.

An diese Ereignisse erinnert das Buch. Die Dinge von damals stehen wieder vor uns auf, und es ist, als ob die zehn Jahre zurückliegenden Geschehnisse von gestern und heute wären. So lebendig ist das Buch geschrieben. Es hat Kapitel voll unerhörter Spannung, voll Leidenschaft und voll von dem Glanz, der damals den Ansturm der Arbeiter über die Drahtverhaue der Putschisten führte. Oft spürt man, wie die stürmischen und blutigen Ereignisse den Verfasser überfallen haben und ihm die Kraft gaben, über die lange Brücke einer zehnjährigen Erinnerung hinwegzustürmen mitten auf das Ziel zu. Und dieses Ziel

ist, im Leser die mitreißende Melodie der Arbeitermarzellaise zu wecken und den Rhythmus des Leitmotivs der Carmagnole, dieser Schwester der Marzellaise, und dieses Leitmotiv ist: „Ca ira!“ — Es wird gehen! Singgemäß: Der Sieg wird unser sein.

Mitteldeutschland ist der Schauplatz dieses Romans. Die Putschisten glaubten, im Handumdrehen Herren der Lage geworden zu sein, als plötzlich die Arbeiter aufstanden und in einer fast unbegreiflichen Weise Kompanie auf Kompanie niederkämpften und entwaffneten. Einsatzgruppen wurden gestellt und entfangengenommen, aber die Zahl der Opfer ist groß, und schier unendlich ist der Trauerzug, der die Toten des Proletariats zur Stätte der letzten Ruhe trägt. Ein junger Arbeiter, der im Mittelpunkt des Romans steht, hat alle diese Kämpfe mitgemacht. Als seine Klassengenossen ihre Waffen abgaben und den Rücken wieder unter die alte Bürde beugten, schloß er sich einer Gruppe aufständischer Unorganisierter an und gerät so mitten hinein in das Durcheinander von Verzweiflung und Romantik, Aufopferung und undisciplinierten Tollheiten. Er wird von Zeitfreiwilligen gefangen, wieder befreit und kehrt schließlich wieder in die Reihen seiner Klassengenossen zurück. Die Perioden dieses Romangesehens lassen sich deutlich gliedern in Märzaufruhr, Aprilregen und 1. Mai. So schließt dieses Buch, das manche herbe Kritik, auch Selbstkritik, enthält, mit einem aufrüttelnden Gelöbnis und mit einer großen Verheißung.

Ein solches Buch tut uns not. „Ca ira!“ ist tatsächlich mehr als das Buch um ein Ereignis, das zehn Jahre zurückliegt. Sein revolutionäres Temperament und sein Vertrauen auf die Kraft der arbeitenden Klasse sind wie für unsere Zeit geschrieben. Zahlreiche Illustrationen nach aktuellen Photographien erhöhen den Wert des Buches, das eine große Beachtung verdient.

Mehl- und Brotpreise am 1. Juni

Die Weizenpreise haben im Mai sowohl am Auslands- als auch am Inlandsmarkt eine weitere Steigerung erfahren. Bei dieser Entwicklung spielen neben der erhöhten Nachfrage auch Meldungen über ungünstiger gewordene Ernteaussichten im Ausland eine Rolle. In Deutschland ist die Erhöhung der Preise in erster Linie auf den Vermahlungsdruck und das knappe Angebot von Weizen zurückzuführen. Die Preise für Roggen korrespondieren dagegen auch trotz der unsinnigsten zollpolitischen Maßnahmen (der Roggenzoll wurde bekanntlich von 9 Mt. auf 12 Mt. je D. erhöht) nicht immer gehalten werden. Roggen neuer Ernte wurde dagegen schon jetzt zu erheblich höheren Preisen angeboten.

Nach den Börsennotierungen ergaben sich für Mai folgende Durchschnittspreise:

Mal- 1930	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen (Manitoba (V) p. t. verzollt ab Hamburg Mt)	Roggen (Pflanz) p. t. verzollt ab Hamburg Mt	Weizen ab mähr. Stationen (Bih. Notizg. p. t.) Mt.	Roggen ab mähr. Stationen (Bih. Notizg. p. t.) Mt.	Weizen- mehl per 100 kg Mt.	Roggen- mehl per 100 kg Mt.
1.-10.	330,—	212,—	284,—	161,—	40,—	26,25
11.-20.	336,—	218,—	287,—	167,—	40,—	25,75
21.-31.	342,—	216,—	294,—	173,—	40,50	25,75

Dementsprechend haben auch die durchschnittlichen Preise für 1 Doppelzentner Roggen- oder Bäckerbrotmehl in den an unserer monatlichen Statistk beteiligten Orten einen geringeren Rückgang erfahren: Von 29,65 Mt. am 1. Mai auf 29,25 Mt. am 1. Juni. Der Durchschnittspreis für 1 Kilogramm Roggenbrot ist von 41 auf 40,8 Pf. zurückgegangen.

Wir verweisen auf nachstehende Tabelle:

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Brotens z
	1 dz Roggen- mehl	1 kg Roggen- bro-	1 dz Weizen- mehl	ein Weizen- brotchen Semmel	
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	
Königsberg i. Pr. . .	25,—	36	42,50	2,5	40
Breslau	25,25	32	42,—	5	80-90
Görlitz	26,25	32	42,—	2,5	45
Ratibor.	27,50	45	43,—	5	55
Berlin	29,50	39,8	38,—	3	32
Bremen	28,75	43	50,50	2,5	30
Magdeburg	26,—	34	47,—	5	55
Hannover	27,—	37	41,—	2,5	25
Leipzig	28,—	32	44,—	4	55
Halle a. d. S.	27,50	34,4	44,—	3	39
Chemnitz	29,—	37	48,—	4	40
Dresden	27,75	35	50,50	4	40
Erfurt	26,50	33	40,—	3	40
München	29,—	46	48,—	4	42
Münster	28,35	48	46,30	4	40
Landshut	31,—	50	44,—	3	37
Stuttgart	35,25	40	47,25	4	35-40
Mannheim	28,50	42	45,75	4	40
Freiburg i. Br.	35,—	50	47,50	4	35
Frankfurt a. M.	28,25	42	45,25	4	35-40
Köln	29,50	50	43,—	3	30
Lothar	28,50	50	39,—	3	35-36
Reisfeld	29,50	43	44,—	3	35
Elberfeld	30,—	38	47,75	3	35-45
Essen-Ruhr	34,—	48	43,—	2,5	32
Dortmund	29,—	45	39,—	2,5	35-40
Danzig	20,50	35	40,—	4	45

1) Durchschnittspreis 2) Roggenmehl 3) Weizenbrotmehl 4) Roggenmischmehl 5) Weizenmischmehl

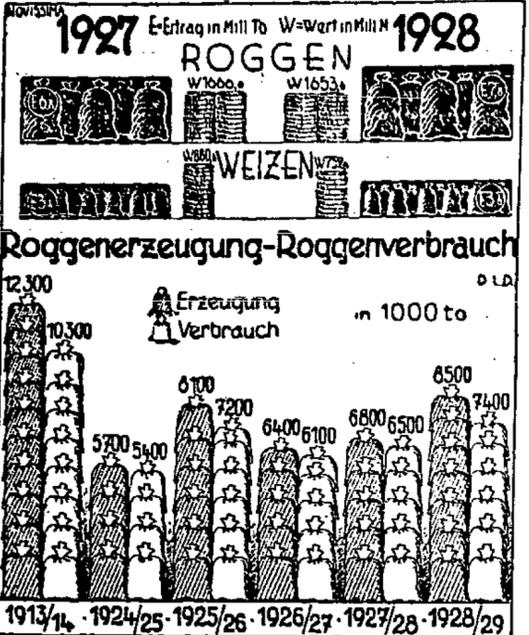
Spaltung

im Fleischer-Hirsche-Bund

Unser Artikel in Nr. 22 der „Einigkeit“ hat die Bundesleitung in Harnisch gebracht. Durch die Auszüge aus dem Jgler-Flugblatt haben auch viele Bundesanhänger erfahren, was sich im Bund abspielt. Dennoch wird es als Unsinn bezeichnet, wenn wir von einer Spaltung schreiben. Tatsache ist es, daß die ausgetretenen Bundesbrüder bereits Anschluß bei den christlichen Gewerkschaften suchen, um ihrem „Ring süddeutscher Metzgergesellen“ die Tariffähigkeit zu verschaffen.

Gegen Jgler will die Bundesleitung noch strafrechtlich vorgehen, nicht allein wegen

Erntertrag und Erntewert



Roggenproduktion und -verbrauch.

Erstens: Der deutsche Landwirt kann seinen Roggen zum Teil gar nicht, aber sicher nur zu überaus niedrigen Preisen verkaufen. Zweitens: Der Brotesser erhält, sofern er nicht Spezialbrot bezieht, häufig Ware von geringem Nährwert und schlechtem Geschmack. Drittens: Das verarmte Deutschland verbraucht heute weniger Brotgetreide, führt aber seit 1926 in steigendem Maße wieder Weizen ein. Der Weizenverzehr ist so hoch wie vor dem Kriege, der Roggenverzehr aber nur drei Viertel der vor dem Kriege verbrauchten Menge. Wenn man dazu bedenkt, daß weite Ackerflächen des Deutschen Reiches nicht vom Roggenanbau auf Weizenanbau umgestellt werden können, weil der Boden keinen rentablen Weizenanbau gestattet, so haben wir in wenigen Sätzen die Ursachen des Rot der deutschen Landwirtschaft gekennzeichnet. Jeder einzelne Deutsche kann helfen, indem er dafür sorgt, daß die etwa 1000 Tonnen Ueberschuß an Roggen, die wir durch zwei gute Ernten anhäufen, im Inland verbraucht werden. Dann können wir nämlich nahezu auf die Weizeneinfuhr verzichten, die uns im vergangenen Jahre beinahe 500 Millionen Mt. kostete. Daher, Deutsche, eßt Roggenbrot!

des Flugblattes, sondern auch weil er „eine einwandfreie Abrechnung“ von der Fahrenweife in Lützenwalde gegeben hat, die er geleitet habe. — Ei, ei, was kann da noch alles ans Tageslicht kommen. Ob es im Hirschebund noch viele solche Jgler geben mag? In der Regel wird vieles vom Hirschebund als „glatter Schwindel“ bezeichnet, bis eben die Wahrheit so oder so an den Tag kommt.

Den Christen gratulieren wir zu der Jglergruppe, deren Führer noch im April mit der Fleischerinnung in Wiesbaden einen Tarifvertrag abschloß mit 54- bzw. 60-Stunden-Woche, nach zwölf Tagen in der Berufung verschwand, weil ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag längst besteht, der die 48-Stunden-Woche vorsieht und der verbandsseitig mit der Innung abgeschlossen ist.

Neue Steuerpläne

Der von der Reichsregierung dem Reichstag geleitete neue Steuergesetzentwurf geht von einem Fehlbetrag in Höhe von 750 Mill. Mt. aus. Davon entfallen 600 Mill. Mt. auf die Arbeitslosenversicherung und 150 Mill. Mt. auf Einnahmeausfall. Das Defizit soll in der Weise gedeckt werden: 250 bis 300 Mill. Mt. sollen durch sogenannte Einsparungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung aufgebracht werden. Bei der Krankenversicherung soll die Leistungsdröselung ein Dauerzustand werden. Weitere 50 Mill. Mt. sollen durch Verkürzung der Zahlungsfristen in der Zigarettenindustrie (Steuereingänge) von 2 auf 1 Monat aufgebracht werden.

Im Etat sollen erspart werden: 25 Mill. Mt., so daß sich damit das Defizit um 350 Mill. Mt. verringern würde.

Diese fehlenden 350 Mill. Mt. sollen durch Reichshilfe der Festbesoldeten und durch die Ledigensteuer aufgebracht werden. Erwartet wird von der Reichshilfe eine Einnahme von 300 Mill. Mt. und von der Ledigensteuer 45 bis 50 Millionen. Unter die Reichshilfe sollen alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltung und alle Festangestellten, die der Arbeitslosenversicherungspflicht nicht unterworfen sind, fallen. Bei der letzten Gruppe kommen die Einkommen von 8 400 Mt. und mehr in Frage. Die Reichshilfe ist einmalig und wird 4 Proz. betragen. Beamte mit einem Gehalt unter dem Existenzminimum sind davon befreit. Kinderreiche Beamte sollen entsprechend berücksichtigt werden. Die Abgabe erfährt die Einkommen aus dem Besitz eines Aufsichtsratsmandats. Hier ist die Bestimmung vorgesehen, wonach die vor dem 1. Juli zu zahlenden Tantiemen bis zu 75 Proz. herangezogen werden. Die Ledigensteuer beträgt 10 Proz. der Einkommen bzw. der Lohnsteuer, durch sie erhöht sich also die normale Abgabe vom Einkommen von 5 auf 15 Proz.

Die geplante Sonderbesteuerung der Beamten und Angestellten bedeutet ohne Zweifel eine weitere Verminderung der Kaufkraft. Wenn aus diesen Kreisen 300 Mill. Mt. herausgepreßt werden zur Verstärkung der Löcher im Reichsfädel, so muß diese Summe dem Wirtschaftsleben entzogen werden. Ob diese Vorlage Gesetz wird, ist noch sehr stark zu bezweifeln, weil auch in den Kreisen der Regierungsparteien bereits scharf dagegen Front gemacht wird.

Wirtschaftselend nimmt zu

Die Anträge bei den Behörden auf Stilllegung aus Mangel an Aufträgen häufen sich in erschreckendem Umfang. Das Betriebsrisiko wird von den Unternehmern rücksichtslos auf die Arbeitnehmer und Allgemeinheit abgewälzt. Sobald dann die Konjunktur wieder einsetzt, werden wieder Arbeitskräfte eingestellt. Nie konnten wir aber wahrnehmen, daß die gleiche Anzahl bei gleicher Produktionsherstellung wieder beschäftigt, sondern nur ein Bruchteil von den Arbeitern eingestellt wurde. Mit dieser verringerten Belegschaft wird dann das Produktionsquantum bei vielen Ueberstunden und sogar mit Nachschichten geleistet. Gewiß sind Ueberstunden dem Unternehmer teurer als die regelmäßigen Arbeitsstunden, dennoch profitiert aber der Unternehmer durch die stärkere Ausnützung der Maschine und der gesamten Fabrikanlage.

Die Behörden könnten dagegen einschreiten und veranlassen, daß viele tausende brachliegende Arbeitskräfte beschäftigt würden, leider finden wir, daß diese Erkenntnis in vielen Gewerbeaufsichtsamtern bedauerlicherweise nicht besteht. Nur allzu oft wird von diesen Behörden den Anträgen auf Ueberstunden und Nachtarbeit stattgegeben, und oftmals sind die Gewerbeaufsichtsbahnen viel zu leichtgläubig gegenüber den ihnen vorgetragenen Unternehmerwünschen. Solange dieser Zustand besteht, wird auch eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt nicht stattfinden. Bei der Millionenarbeitslosigkeit in der deutschen Wirtschaft ist es heute eine soziale Pflicht erster Ordnung, mit der Ueberstunden und Wirtschaft gründlich aufzuräumen. Wohl wurde versucht, mit behördlichen Erlassen, Mahnungen und Warnungen eine Besserung vorzunehmen. Das Unternehmertum stört sich nicht daran. Das Genehmigungsrecht für Ueberstunden sollte den Gewerbeaufsichtsbehörden entzogen werden. Eine Angliederung des Genehmigungsrechtes an die zuständigen Arbeitsämter würde segensreich wirken, denn in den Arbeitsämtern, die mit Arbeitslosen überfüllt sind, ist man kritischer gegen die Unternehmerwünsche eingestellt. Eine große Entlastung des Arbeitsmarktes würde auf dem Fuße folgen, und viel könnte auch dadurch beigetragen werden, das Wirtschaftsleben wieder in Fluß zu bringen.

Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse in Bayern

Es wurden im Jahre 1929 insgesamt 878 Schlichtungsverfahren bei den Schlichtungsbehörden anhängig gemacht, und zwar auf Antrag der Arbeitgeber 117, der Arbeitnehmer 719, beider Parteien 33 und von Amts wegen 9. Davon konnten bereits im Vorverfahren durch Beschluß, Vereinbarung oder auf andere Weise 475 Fälle erledigt werden. Von den 403 abgegebenen Schiedssprüchen bzw. Vergleichsvorschlägen erledigten sich durch Annahme, Einigung und auf andere Weise 329.

Es wurden 180 Verbindlichkeitserklärungsanträge mit 696 255 beteiligten Arbeitnehmern gestellt, von denen die Abteilung „Arbeit“ im Auftrage des Reichsarbeitsministers 18 zu behandeln und zu entscheiden hatte. 53 Anträgen mit 193 201 beteiligten Arbeitnehmern wurde stattgegeben, 21 wurden abgelehnt. Die Lohngestaltung in Bayern ist sonach in sehr geringem Umfang durch die Verbindlichkeits-

Schlachtsteuer in Bayern

hat große Aufregung im Fleischnegewerbe, der Fleischwarenindustrie, im Viehhandel, in der Landwirtschaft und bei den Konsumenten hervorgerufen. Die Wirkung blieb nicht aus. Der Finanzminister blieb mit dieser Idee, die an mittelalterliche Methoden erinnert, allein. Da fand sich ein Helfer in der Not. Der ehemalige, jetzt pensionierte Münchener Schlachthofdirektor Opel machte in der „Bayerischen Staatszeitung“ den Vorschlag, mit der Schlachtsteuer einzig und allein die Konsumenten zu belasten. Er schreibt dazu:

„Der Metzger erscheint hierbei lediglich als Kassierer der Schlachtsteuerbeiträge. Es würden also, um nur ein Beispiel anzuführen, für 2 Pfund Schweinefleisch, das mit je 3 Pf. Schlachtsteuer belastet ist und pro Pfund 1,30 Mt. kostet, zu bezahlen sein: zweimal 1,30 = 2,60 zuzüglich zweimal 3 Pf. Steuer = 6 Pf. in Sa. 2,66 Mt. (statt 2,60 Mt.). Etwas schwieriger liegen die Verhältnisse, wie immer, bei der Wurst und ähnlich in den Gastwirtschaften. Aber wenn man nicht allzu ängstlich darauf verpicht ist, zu verhindern, daß auch einmal Bruchteile von Pfennigen beim Abkauf von Wurst- und Fleischwaren in des Verkäufers Tasche hängen bleiben, so läßt sich auch hier eine einfache Formel finden...

Er meint noch, daß der Metzger bei voller Abwälzung der Steuer immer noch mit der Durchführung materiell gar nicht unwesentlich belastet würde. Ein Rückgang des Fleischkonsums durch die Steuer sei „sicherlich nicht zu befürchten“.

Unseres Erachtens handelt Opel genau so unverantwortlich wie der bayerische Finanzminister.

Erklärung von Schiedsprüchen beeinträchtigt worden. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Schlichtungsfälle um 91 zurückgegangen.

Mit besonderer Genugtuung stellte der zuständige Staatssekretär fest, daß die Wirtschaft Bayerns im Berichtsjahr von schweren Erschütterungen, wie Streiks und Aussperrungen, verschont blieb. Im Jahre 1929 betrug die Zahl der Streiks und Aussperrungen in Bayern 28 mit 205 Betrieben und 6503 beschäftigten Arbeitnehmern.

Betriebsstilllegungen wurden 1929 in Bayern gezählt: 920 Betriebe mit 46 164 Arbeitnehmern wurden ganz oder teilweise stillgelegt. Die Ursache lag in 798 Fällen in Auftragsmangel, in 18 Fällen in Rohstoff- oder Kohlenmangel, in 46 Fällen in finanziellen Schwierigkeiten, in 58 Fällen in Schwierigkeiten allgemeiner Art.

Von Arbeitnehmersseite wird, wie auch der Staatssekretär besonders unterstreichen mußte, vielfach Klage darüber geführt, daß Betriebsstilllegungen oft unter dem Vorwand des Auftragsmangels, in Wirklichkeit aber nur deshalb vorgenommen wurden, damit die Betriebsvertretungen befreit werden konnten, die dann bei der Neueröffnung des Betriebes in vielen Fällen nicht wieder eingestellt wurden.

Deutsche, trinkt deutschen Wein - aus französischen Fässern!

Wie die sogenannten „nationalen Kreise“ das nationale Gefühl und die sozial gepriesene nationale Betätigung auffassen, wenn es um den Profit geht, haben wir an dieser Stelle schon des öfteren festgestellt. Einen neuen Beweis dafür, daß nicht nur der zahlungsfähige Weintrinker den Teufel danach fragt, wo der ihm am besten mündende Wein herkommt, sondern auch die Weinhändler sich verstoßen wenig darum kümmern, ob es den deutschen Fassfabrikanten und Küfermeistern mitsamt ihren Gefellen gut oder schlecht geht, solange sie ihren Bedarf an Fässern aus Frankreich billiger beziehen können, beweist uns der Bericht des Verbandes Rheinischer Weinhändler für das Jahr 1929.

Es heißt hier unter anderem: „Der Verband der deutschen Fassfabriken wandte sich im Berichtsjahr an uns als Vorort des südwestdeutschen Bundes mit dem Ersuchen, auf den Weinhandel dahin zu wirken, daß derselbe seine Fässer nicht vom Auslande beziehe, was im erheblichen Maße der Fall sei. Unsere Erhebungen ergaben, daß es sich im wesentlichen um Bezüge von einer Fassfabrik in Schiltigheim, also aus früher deutschem Gebiete handelte, die schon früher viele Fässer nach der Pfalz lieferte, und die dank unserer Lohnstarife zu wesentlich billigeren Preisen zu liefern vermag.“

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Verbandsauschuß. Die Adresse des Vorsitzenden vom Verbandsauschuß ist vom 1. Juli an: Heinrich Wittich, Frankfurt a. M., Mainzerlandstr. 111.

Vorbereitungen zum Verbandstag. Es wird an die pünktliche Einhaltung folgender Termine erinnert:

Spätestens am 27. Juni müssen alle an den Verbandstag zu stellenden Anträge im Besitz des Verbandsvorstandes sein.

Die Ortsgruppenvorsitzenden haben dafür zu sorgen, daß die Vertrauensleute der den Ortsgruppen angeschlossenen Zahlstellen spätestens am 30. Juni im Besitz der erforderlichen Anzahl von Stimmzetteln sind.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag erfolgt innerhalb der Zeit vom 13. bis einschließlich 20. Juli. Die Wahlzeit darf sich nur auf zwei Tage innerhalb dieser Zeitspanne erstrecken.

(Siehe Bekanntmachungen in der „Einigkeit“ Nr. 11, 15, 16 und 18.)

Localbeitrag. Auf Antrag der Ortsgruppe Rudelsdorf in Schleien wird die Genehmigung erteilt zur Erhebung

eines wöchentlichen Localbeitrages von 15 Pf. auf die Grundbeiträge von 90 Pf. an und höher von der 27. Beitragswoche an.

Auf Antrag der Ortsgruppe Nordhausen wird die Genehmigung erteilt zur Erhebung eines Localbeitrages von 15 Pf. auf den Grundbeitrag von 90 Pf. an und höher von der 27. Beitragswoche an.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 7. Juni 1929 bis 14. Juni 1929. (Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 078, Rahmungskonten und Getränterbeiträge - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 46.)

- Ortsgruppen: Danzig 59, Bielefeld 21,25, Krefeld 30, München 801,76, Solingen 22,75, Würzburg 57,50, Annaberg 300, Völklingen (Rth) 400, ...

Sonstige: Selbstbrunn 61,66, Berlin 189,27 und 307,08 und 77,22, Stuttgart 40, ...

Korrespondenzen

Machen. Nach vorläufigem Abschluß haben im Bezirk bis jetzt in 17 Betrieben die Wahlen stattgefunden. Das Ergebnis ist zufriedenstellend und kann festgestellt werden, daß eine weitere Steigerung der Vertreterzahl des Verbandes zu verzeichnen ist.

Immer mehr bricht sich der Gedanke, an den Betriebsratswahlen teilzunehmen, auch in unserer Berufsgruppe Bahn. In mehreren Betrieben haben in nächster Zeit die Wahlen stattgefunden und dürfte das Ergebnis wohl in derselben Weise, wie oben gekennzeichnet, sich entwickeln.

Biezenhofen. Die Tochtergesellschaft der Ursina A.-G. in Stanz, Schweiz, die Alpura A.-G. in Biezenhofen berichtet über das verfloßene Geschäftsjahr von einem Rohgewinn von 1 480 492 Mk. Nach Ausgaben für Unkosten, Reparaturen, Abschreibungen usw. schloß die Gesellschaft mit einem Verlust von 361 247 Mk. ab.

München. Der langjährige Präsident und Ehrenpräsident des Bayer. Brauerbundes, Kommerzienrat Max Kirschner, ist am 30. Mai in Tegernsee gestorben. Mit ihm ist ein hervorragender Fachmann des bayerischen Braugewerbes dahingegangen.

Neu-Ufenburg. Nach halbjähriger Dauer und wiederholten Verhandlungen auch beim Schlichtungsausschuß ist jetzt bei der Firma S. Wirth, Wurst- und Fleischkonservenfabrik, ein Tarifvertrag abgeschlossen worden.

Lohnes nach § 816 BGB. 8 bis 12 Tage, Wöhne von 40 bis 60 Mk. für Gesellen, und für Beihilfe 15, 20 und 25 Mk. je Woche, Frühstückswurst gratis und Befreiung des Kostzwanges beim Unternehmer.

Da seither kein Tarif bestand, ist der Erfolg entsprechend zu bewerten. Das sollten auch alle Beschäftigten einsehen und Mitglieder unseres Verbandes werden und bleiben.

Gewerkschaftl. Rundschau

Unterstützungsausgaben im Textilarbeiterverband. Aus dem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht für das verfloßene Jahr ist zu entnehmen, daß diese Organisation für Streitunterstützung 3 860 000 Mk. und für Erwerbslosenunterstützung 2 403 000 Mk. aufwenden mußte.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Lage des Arbeitsmarktes. Der Mai war in diesem Jahre eine böse Zeit. Die Entlastung des Arbeitsmarktes, wenn davon überhaupt gesprochen werden konnte, hat wieder abgenommen. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Mai 1 530 900 und in der Arbeitslosenunterstützung 338 338 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

Anzeichen für ein Nachlassen der Depression, die auf der Wirtschaft lastet, sind bis jetzt weder aus den Gesamtzahlen noch aus den Berichten über die einzelnen Berufsgruppen zu entnehmen. Die geringfügige Entlastung fällt fast ausschließlich auf die Saisonarbeitenberufe, und darunter ist die Landwirtschaft mit einer verhältnismäßig geringen Nachfrage vertreten.

Minderung der Kaufkraft durch Arbeitslosigkeit. Von dem Institut für Konjunkturforschung ist kürzlich berechnet worden, um wieviel sich die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung durch die Arbeitslosigkeit gemindert hat. Bei dieser Berechnung ging das Institut von der Tatsache aus, daß im Januar dieses Jahres 398 000 und im Mai 1 206 000 Arbeitslose mehr in Deutschland vorhanden gewesen sind als im Vorjahr.

Innungskrankenkassen. Durch die Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die Krankenversicherung im Jahre 1928, wobei festgestellt wurde, daß im Jahre 1929 22,4 Millionen Einwohner des Reiches in der Krankenversicherung sind und die Krankenkassen 2302 Millionen Mark Gesamteinnahmen und 2255 Millionen Gesamtausgaben hatten, will die Handwerkerpresse die große Leistungsfähigkeit der Innungskrankenkassen beweisen.

Von diesen Zahlen kann lange nicht die Erstzuzurechnung abgeleitet werden. Erfolgreicherweise wurde der Krank-

Lebensversicherungspflicht in Preußen Einhalt geboten und es darf wohl erwartet werden, daß sich auch die übrigen Freistaaten genauer als bisher die Anträge auf Errichtung von Innungskrankenkassen ansehen.

Genossensch. Rundschau

Zusammengebrochener Schwindel. Wenn es gilt, den Konsumvereinen etwas am Zeuge zu flicken, dann ist bestimmt die Bäckerinnungspreste mit die erste. Kürzlich wurde berichtet, daß gegen den Konsumverein in Görtlich wegen angeblicher Steuerhinterziehung Steuerstrafen verhängt, diese aber vom Reichsfinanzminister Hülferding erlassen wurden. Millionen sollten dadurch der Staatskasse verlorengegangen sein. Darauf zielten sogar mittelständlerische Abgeordnete im Reichstag hinein, denn auf eine von ihnen eingebrachte Interpellation sollte der Regierung der Marsch geblasen werden. Auch der Zentralverband Deutscher Konsumvereine war nicht untätig und veranlaßte daß im Reichstag an die Regierung eine diesbezügliche Anfrage gerichtet wurde. In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages erklärte bei der Besprechung der mittelständlerischen Interpellation und auf Anfrage eines sozialdemokratischen Abgeordneten die Regierung, daß die Behauptungen über eine vorfällige Steuerhinterziehung des Konsumvereins Görtlich und die Festsetzung einer Steuerstrafe im Millionenbetrag unzutreffend sei. Es sei überhaupt kein Strafverfahren eingeleitet worden. Es wurde auch bestätigt, daß der Erlaß des Reichsfinanzministers sich auf alle Konsumgenossenschaften bezogen habe und wegen der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes notwendig geworden sei. Der üble, gewissenlos in die Welt gesetzte leichtfertige Schwindel ist elend zusammengebrochen.

Aus der Fischindustrie

Die Unternehmer in der Fischindustrie sind gut organisiert und in der Lage, ihre geschäftlichen Interessen nach einheitlichen Grundrissen wahrzunehmen. Das hat sich wieder gezeigt auf ihrer am 25. Mai in Cuxhaven gut besuchten Generalversammlung. Um etwaiger Schmutzkonkurrenz vorzubeugen und die Warenpreise stabil zu halten, beschloß die Generalversammlung unter anderem, daß jeder Lokalverein eine Kommission für die Normierung der Preise zu wählen hat. Die Kommissionen haben der Geschäftsstelle in Altona Bericht zu erstatten. Dort sollen die Delegierten der Kommissionen von Zeit zu Zeit zu gemeinsamen Besprechungen zusammenkommen. Die Zentralstelle hat dafür zu sorgen, daß die Normierung der Preise nach einheitlichen Grundrissen in allen Orten vor sich geht. Alle Lokalvereine erhalten Richtlinien für die Normierung.

Die in der fischverarbeitenden Industrie Beschäftigten sollten sich auch daran ein Beispiel nehmen, was eine gute Organisation zu leisten vermag. Für sie ist die gewerkschaftliche Organisation unser Verband, der in rund 2000 Orten des Reiches Ortsgruppen aufweist, zuständig.

Unternehmertum

Werbetätigkeit für höheren Roggenverbrauch. Schon längst wird durch die von den Bäckereien aufgelegene Propaganda festgestellt, daß für den höheren Verbrauch von Roggenbrot kein Geschäft zu machen ist. Bei dieser Gelegenheit wurde sehr viel mit Schwindel operiert. Die Bäckermeister-Versammlung in Oberhausen/Rheinland glaubte dadurch die Mitwirkung der Bevölkerung für den höheren Roggenbrotverbrauch zu erreichen, wenn sie in der Öffentlichkeit erklärte:

„Das Bäckergewerbe bietet tüchtigen Leuten noch Aufstiegsmöglichkeiten. Für unsere Volkswirtschaft und für

die Heranbildung unseres Nachwuchses ist es geradezu ein Idealzustand, daß auch Kinder unbemittelter Leute das Bäckerhandwerk erlernen können. Im Bäckereihandwerk sind die Ausbildungskosten für die Eltern gering, denn es ist noch üblich, daß der Lehrling Wohnung und Kost im Hause des Meisters erhält. Nach einer guten Ausbildung und nach einer längeren praktischen Tätigkeit als Geselle bieten sich einem strebsamen und tüchtigen Menschen immer noch gute Möglichkeiten, sich selbstständig zu machen.“

Diese unwahre Notiz wurde von den Innungsführern der Presse übergeben, die sehr gut wissen, daß solche Mitteilungen aus den Fingern gezogen sind. Tatsache ist aber, daß durch die große Lehrlingszüchtereie eine katastrophale Arbeitslosigkeit bei den gelernten Bäckern zu verzeichnen ist und die Aussichten auf Selbständigwerden nicht mehr in Frage kommen, weil die in der Bäckerei tätigen Meistersöhne zuerst Anwartschaft auf das väterliche Geschäft haben. Kinder unbemittelter Eltern sind von vornherein verdammt, zeitlebens im Lager der Arbeiterschaft zu bleiben.

Allgemeine Rundschau

Der Sänger des Proletariats. Am 22. Juni sind zehn Jahre verflossen, seitdem der um die Kampfliteratur verdiente Arbeiterkomponist G. W. Uthmann verstorben ist. Aus diesem Anlaß finden im ganzen Reich Gedenkveranstaltungen des Arbeiter-Sängerbundes statt. Die Zentralgedenkfeier soll unter Teilnahme zahlreicher größerer Arbeiterchöre und Tausender von Bundesmitgliedern in Wuppertal (Elberfeld-Barmen), der Wirkungsstätte Uthmanns, abgehalten werden.

Internationales

Hillebregt 20 Jahre Verbandsvorsitzender. Am 1. Mai 1910 wurde bei der Reorganisation des Holländischen Bäcker- und Schokoladenarbeiter-Verbandes Kollege A. Hillebregt als Vorsitzender angestellt. In seiner 20jährigen Tätigkeit vollzog sich auch in der holländischen Back- und Süßwarenindustrie eine gewaltige technische Umstellung. Diese im Gesamtberuf durchgeführte Revolutionierung konnte auch auf die Beschäftigten nicht ohne Einfluß bleiben. Unsere holländische Bruderorganisation hat durch tüchtige Arbeit ihres Führers Großartiges geleistet. Bekanntlich bestehen in Holland drei Gewerkschaftsrichtungen, wovon aber als weit stärkste Gruppe die freie Gewerkschaft in Frage kommt. Die sich im Schlepptau der katholischen Partei und der christlichen Partei befindlichen Arbeiterverbände verfügen über einen sehr niedrigen Mitgliederstand. Aber dennoch ist durch diese Zersplitterung nicht immer der Weg zum sozialen Aufstieg frei.

Hillebregt hat es mit Unterstützung der Verbandsfunktionäre ermöglicht, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Bäcker und Konditoren durch einen Landestarif geregelt wurden. In der Süßwarenindustrie bestehen ebenfalls viele tarifliche Vereinbarungen für die einzelnen Betriebe. Die Nachtarbeit in den Bäckereien ist gesetzlich beseitigt, und die wiederholt vom Unternehmertum erfolgten Anstürme zur Beseitigung dieser Kulturerrungenschaften konnten abgewehrt werden.

Der Verbandsvorstand ehrte den Jubilar in seiner Sitzung am 25. Mai. Bundessekretär Kollege Goudsmit überbrachte dem Jubilar namens des Vorstandes die herzlichsten Glückwünsche. Kollege Hillebregt erklärte, daß ihm diese zwei Jahrzehnte viel zu rasch vorübergegangen sind. Es war ihm auch nur möglich, die Organisation zur heutigen Machtentfaltung zu bringen durch die unermüdete Mitarbeit aller Verbandsfunktionäre. Dafür dankt er allen, die ihm in treuer Kameradschaft den Aufstieg der Organisation ermöglichten. Wir wünschen ebenfalls unserem Freund noch lange

Jahre körperlicher und geistiger Rüstigkeit; denn noch viele Forderungen sind auch in Holland für die Bessergestaltung der Lebenshaltung der Kollegenschaft durchzuführen.

10. Verbandstag des belgischen Lebens- und Genüßmittelarbeiterverbandes. Pfingsten 1930. Der gedruckt vorliegende Bericht für die Jahre 1928 bis 1929 weist eine unwesentliche Erhöhung der Mitgliederzahl auf. Wenn die noch nicht beigelegten Differenzen mit der Ortsgruppe Lüttich wegen des Austrittes aus dem Verband keinen Rückschlag herbeiführen, so ist das auf das Konto der rührigen Tätigkeit des Verbandsvorstandes zu setzen.

Der Beschluß des Verbandstages 1928 auf einer anderen Regelung der Beitragsleistung hat sich erfreulicherweise günstig ausgewirkt. Der Bericht läßt keine Schlussfolgerung darüber zu, ob die seit 1928 von den Ortsgruppen durchgeführte Erhöhung der Beiträge den Rückgang um 14 750 Beiträge gegenüber 1928 veranlaßte, denn der Ertrag der Beiträge weist einen Gewinn von 91 200 Frs. auf.

Nicht uninteressant ist die Verschiebung in den Beitragsklassen. Während 1928 das Schwergewicht der Beiträge mit etwa der Hälfte bei der dritthöchsten Beitragsklasse lag, wurden 1929 70 Prozent der Beiträge in der höchsten Klasse geleistet. Auch in der Mitgliederzahl scheint sich eine gewisse Stabilität zu ergeben. Die Zahl der Eintritte ging 1929 um etwa 200 gegenüber dem Vorjahre auf 850 zurück. Die Beiträge für die Verbandsinvalidenunterstützung stiegen um rund 5000 auf 553 000. An Streikunterstützung wurde ausgegeben 1928: 26 800 Frs., 1929: 55 000 Frs., außerdem wurden aus Verbandsmitteln bezahlt an Arbeitslosenunterstützung 89 000 Frs. bzw. 85 000 und für Krankenunterstützung 65 000 bzw. 103 000 Frs. In der Invalidenunterstützung wurden verausgabt 1928: 4480 Frs., 1929: 6185 Frs.

Die Finanzen bei rund 6000 Mitgliedern haben sich gut entwickelt, was seine Ursache in der geschaffenen Zentralisation hat. Die Bilanz von Ende 1929 weist einschließlich der Effektenwerte ein Vermögen von 2 404 750 Frs. aus. In dieser Vermögensentwicklung äußern sich die Vorteile der Zentralisation gegenüber dem Föderalismus, wie ihn noch der französische Verband aufrechterhält und wie ihn bis jetzt auch der polnische Verband noch pflegt.

Fortschritte auf organisatorischem Gebiet wurden gemacht in bezug auf die Konditoren und Brauereiarbeiter; auch die Gastwirtsgehilfen haben sich dem Verbandsverbande angeschlossen. Für die Brauereiarbeiter in Brüssel konnten bereits auf dem Wege der Verhandlungen nicht unwesentliche Lohnaufbesserungen durchgeführt werden, wogegen der Streik der Brauereiarbeiter in Louvain sechs Wochen dauerte. Insgesamt führte der Verband 1928/1929 27 Streiks.

Hervorgehoben wurden die guten Beziehungen zu den Genossenschaften, mit Ausnahme in Lüttich, wo durch den Austritt der in der dortigen Genossenschaft tätigen Arbeiter das Zusammenarbeiten getrübt wurde. Dem Geschäfts- und Finanzbericht wurde widerspruchlos vom Verbandstag zugestimmt. Ebenso widerspruchlos und einstimmig wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Eine längere Debatte galt der Jugend- und der Sportbewegung.

Grenzstreitigkeiten, wie in Deutschland, hat auch der belgische Verband. Der Verbandstag forderte eine genauere Abgrenzung. Es sei untragbar und nicht im Interesse der Arbeiter gelegen, wenn in den Lebens- und Genüßmittelbetrieben z. B. der Bau- und Möbelerbeiterverband ungestraft agitieren dürfe. Der Verbandstag legte seine Auffassung hierzu in einer Resolution nieder. Eine sozialpolitische Debatte führte zu einstimmigen Annahme einiger Resolutionen, unter anderen auch einer, die sich die straffere Durchführung des Nachtbrotverbots zum Ziel setzt.

ZWANZIG JAHRE DEUTSCHE BÄCKER- UND KONDITOREN-BEWEGUNG

1909-1928

Von Felix Weidler

2 Bände. Preis beider Bände für Mitglieder 4 M., für Nichtmitglieder 8 M.

Das zweibändige Druckwerk auf besten Papier hergestellt und im schmucken Leinenband mit vielen Abbildungen und Photos wird demnächst zum Versand gelangen. Bestellungen werden in den Ortsgruppen und bei den Verbandsfunktionären entgegengenommen. Um weiten Kreisen der Mitglieder die Möglichkeit zur Anschaffung des Werkes zu erleichtern, kann die **Bezahlung in vier Raten im voraus** erfolgen. Bestellungen sind nicht einzeln, sondern nur von den Ortsgruppenleitungen beim **Verbandsvorstand** aufzugeben.

Der Versand an Nichtmitglieder erfolgt nur gegen Vorausbezahlung zuzügl. des Portos durch die Expedition Berlin NW40, Reichstagsufer 3. **Der Verbandsvorstand**

Nachruf!
Am Samstag, dem 7. Juni 1930, verstarb unser Kollege, der Küfer **Ernst Baumgarten** im Alter von 65 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm! (3.-)

die Kollegen der Bäckerei Rhein, Bochum und Ortsgruppe Bochum

Nachruf!
Am Samstag, dem 31. Mai 1930, verstarb unser Kollege, der Schlosser **Josef Wagner** im Alter von 30 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm! (3.30)

die Kollegen der Schlegel-Scharpenfeil-Brauerei, Abt. Reddinghausen, u. Ortsgr. Bochum.

Nachruf!
Am 6. Juni verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege der Brauereiarbeiter **Hugust Kraft**. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. (3.-)

Die Kollegen der Baltischen Spiritwerke Neufahrwasser Ortsgruppe Danzig

Unserm Kollegen **Franz Wunderlich** und seiner lieben Braut zur langgehegten Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. (1.50)

Ortsgruppe Schweinfurt

Unserm Kollegen **Heinrich Meyer** und seiner lieben Braut **Alma** zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. (1.50)

Sektion Getreide-Industrie, Ortsgruppe Oldenburg.

Unserm lieben Kollegen **Joseph Holzmann** und seiner lieben Frau **Margarete** alles Gute zur Vermählung und einen glücklichen Ehestand. (2.10)

Die Kollegen der Fleischerzellei der Brauerei Zandorf.

Unserm lieben Kollegen **Wilhelm Schönebeck** nebst seiner lieben Braut nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. (1.80)

Sektion Fleischer Ortsgruppe Oldenburg

Unserm lieben Kollegen **Wilhelm Fehder** zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. (2.40)

Die organisierten Kollegen der Brauerei Hanneke-Alt Korfendroich u. Ortsgruppe Korfendroich a. Rh.

Unserm Kollegen, Brauereiarbeiter **Willi Guffahrt** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. (1.80)

Die Kollegen der Ortsgruppe Schönebeck a. d. Elbe

Unserm Kollegen **Johann Graf** zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. (1.80)

Die Kollegen der Brauerei Mäfer Langendreer Ortsgruppe Bochum.

Unserm Kollegen **Kurt König** sowie seiner lieben Braut zu ihrer am 18. 6. 1930 stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. (2.10)

Die Kollegen der Schallheiß-Pagenhofer-Brauerei Abt. Beuthen O.-S.

Unserm Kollegen **Alfred Schmid**, sowie seiner lieben Braut zur Vermählung am 28. 6. 1930 die herzlichsten Glückwünsche. (2.10)

Die Kollegen der Schallheiß-Pagenhofer-Brauerei Abt. Beuthen O.-S.

Unserm Kollegen **Wilhelm Engelking** zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum in der Schaumburger-Brauerei die herzlichsten Glückwünsche. (2.10)

Die Kollegen der Zahlstelle Stadthagen Ortsgruppe Minden.

Am Silbertrage. Am Pfingstsonntag feierte der Kollege **Josef Köstner**, Bierfeiler, Wintlerbrauerei Mainz, mit seiner Gemahlin **Marie** geb. **Stippel** sein 25jähriges Ehejubiläum. (1.80)

Den beiden nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Filiale Mainz Ortsgruppe Regensburg.

Unserm Kollegen **Karl Oppermann-Weber** nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. (1.80)

Die Kollegen der Brauerei zur Sonne, Mainz.

Unserm treuen Kollegen **Georg Gant**, Fahrburche, nebst seiner lieben Frau nachträglich die besten Wünsche zur silbernen Hochzeit. (1.80)

Die Kollegen der Ortsgruppe Heidelberg

Unserer lieben Kollegen **Margarete Respohl** und dem Kollegen **Heinrich Vogl** zu ihrer Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. (2.10)

Die organisierten Kollegen und Kollegen der Fleischerzellei Stedmann, Lage (2.40)

Unserm Kollegen **Anton Martin**, Küfer, und seiner lieben Braut **Maria** zu der am 24. 6. 1930 stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. (2.10)

Die Kollegen der Brauerei Bürgerbräu Ludwigshafen

Werbt für eure Organisation!